

Bundesgesetzblatt ²³⁶⁵

Teil I

G 5702

1998

Ausgegeben zu Bonn am 27. August 1998

Nr. 56

Tag	Inhalt	Seite
19. 8. 98	Neufassung der Sonderversorgungsleistungsverordnung FNA: 826-30-2-2	2366
20. 8. 98	Dritte Verordnung zur Änderung der Steuerberatergebührenverordnung FNA: 610-10-7	2369
20. 8. 98	Erste Verordnung zur Änderung der Telekom-Arbeitszeitverordnung (1. T-AZVÄndV) FNA: 900-10-4-14	2378
21. 8. 98	Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung – VerpackV) FNA: neu: 2129-27-2-10; 2129-15-7	2379
24. 8. 98	Verordnung über die Zuweisung von Aufgaben und Befugnissen einer Entschädigungseinrichtung an die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH FNA: neu: 7610-13-1	2390
24. 8. 98	Verordnung über die Zuweisung von Aufgaben und Befugnissen einer Entschädigungseinrichtung an die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH FNA: neu: 7610-13-2	2391
25. 8. 98	Zweite Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung FNA: 2032-1-26	2392
18. 8. 98	Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung FNA: neu: 2032-12-22-1	2399
21. 8. 98	Berichtigung der Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste/zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste FNA: 806-21-1-259	2426
<hr/> Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Verkündungen im Bundesanzeiger	2426
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	2427

Bekanntmachung
der Neufassung der Sonderversorgungsleistungsverordnung
Vom 19. August 1998

Auf Grund des Artikels 21 Abs. 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) wird nachstehend der Wortlaut der Sonderversorgungsleistungsverordnung vom 26. Juni 1992 (BGBl. I S. 1174) in der ab 1. Januar 1999 geltenden Fassung bekanntgemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. den am 23. Dezember 1995 in Kraft getretenen Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1824),
2. den mit Wirkung vom 1. Januar 1999 in Kraft tretenden Artikel 19 Abs. 6 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666).

Bonn, den 19. August 1998

Der Bundesminister des Innern
Kanter

**Verordnung
über nicht überführte Leistungen
der Sonderversorgungssysteme der DDR
(Sonderversorgungsleistungsverordnung – SVersLV)**

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung gilt für die nicht in die Rentenversicherung überführten Leistungen nach den Sonderversorgungssystemen der Anlage 2 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes. Erfasst sind die Leistungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (Versorgungsleistungen) sowie Empfänger solcher Leistungen (Versorgungsempfänger).

§ 2

Einkommensanrechnung

(1) Einkommen von Versorgungsempfängern wird auf Versorgungsleistungen angerechnet. Dies gilt nicht für Dienstbeschädigungsteilrenten im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

(2) Einkommen sind Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen und vergleichbares Einkommen im Sinne der §§ 14, 15, 18a Abs. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (Erwerbseinkommen) sowie Erwerbseinkommen im Sinne des § 18a Abs. 3 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und damit vergleichbares Erwerbseinkommen im Beitrittsgebiet. § 18a Abs. 3 Satz 2 und 3 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend. Außer Betracht bleiben Renten der Rentenversicherung wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder Alters, Erziehungsrente, ferner Entgeltersatzleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch. Dienstbeschädigungsteilrenten gelten als Erwerbseinkommen im Sinne des § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.

§ 3

Anrechenbares Einkommen

(1) Maßgebend ist das monatliche Einkommen; mehrere zu berücksichtigende Einkommen sind zusammenzurechnen. Ausländisches Einkommen ist nach § 17a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch umzurechnen. Das monatliche Einkommen ist in entsprechender Anwendung des § 18b Abs. 5 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zu kürzen (Nettoeinkommen).

(2) Als monatliches Einkommen gilt bei Erwerbseinkommen und bei Erwerbseinkommen nach § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch das in den letzten 12 Monaten vor dem 1. Januar erzielte Einkommen, einschließlich einmalig gezahltem Arbeitsentgelt, geteilt durch die Anzahl der Monate, in denen es erzielt wurde, sofern weiterhin Erwerbseinkommen oder Erwerbseinkommen nach § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch erzielt wird. Wurde in den letzten 12 Monaten vor dem 1. Januar nur Erwerbseinkommen nach § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch bezogen, ist von diesem auszugehen. Für die Zeiten des Bezugs von Kurz-

arbeitergeld und Winterausfallgeld oder einer entsprechenden Leistung ist das zugrunde liegende Arbeitsentgelt maßgebend. Bei Erwerbseinkommen nach § 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 bis 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ist vom laufenden Einkommen auszugehen. Dies gilt auch für die Berücksichtigung von Dienstbeschädigungsteilrenten gemäß § 2 Abs. 2 Satz 4. Jährliche Zuwendungen sind beim laufenden Einkommen mit einem Zwölftel zu berücksichtigen.

(3) Wird erstmalig Erwerbseinkommen oder Erwerbseinkommen erzielt, ist das im ersten vollen Kalendermonat erzielte Einkommen mit Wirkung vom Ersten dieses Kalendermonats an zu berücksichtigen. Satz 1 findet auch Anwendung, wenn vor Begründung eines neuen Arbeitsverhältnisses mindestens in einem Kalendermonat kein Einkommen erzielt wurde.

§ 4

Einkommensänderung

(1) Einkommensänderungen sind vom 1. Januar eines jeden Kalenderjahres an zu berücksichtigen. Dies gilt nicht für die Änderung des Einkommens nach § 3 Abs. 3 Satz 2.

(2) Der Wegfall des Einkommens ist auf Antrag vom Zeitpunkt des Eintritts an zu berücksichtigen. Fehlt der Antrag, kann der Wegfall im Einzelfall von Amts wegen vom nächsten 1. Januar an berücksichtigt werden.

(3) Bei Einkommensminderung gilt § 18d Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

§ 5

Anrechnungsfreibetrag

Anrechnungsfrei sind folgende Vomhundertsätze des Nettoeinkommens:

– Übergangsrente	77,5 vom Hundert,
– befristete erweiterte Versorgung	30 vom Hundert,
– Vorruhestandsgeld	30 vom Hundert,
– Invalidenrente bei Erreichen besonderer Altersgrenzen	25 vom Hundert,
– Invalidenteilrente	45 vom Hundert,

mindestens jedoch der Betrag, der bei Anspruch auf diese Leistung nach § 11 Abs. 7 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes am 1. Januar 1992 anrechnungsfrei war oder gewesen wäre.

§ 6

Ruhen der Versorgungsleistung

Die Versorgungsleistung ruht in Höhe des Betrages, um den das anrechenbare Einkommen den Anrechnungsfreibetrag übersteigt. Die Anrechnung von Einkommen hat Vorrang vor einer Anrechnung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach § 11 Abs. 1 Satz 2 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

§ 7

Vorbehalt

Die Versorgungsleistungen stehen unter dem Vorbehalt, daß die sich aufgrund von Einkommensanrechnungen ergebenden Überzahlungen zurückzuzahlen sind. Dies gilt auch für die Anrechnung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und für den Wegfall der Versorgungsleistung mit Beginn einer Rente wegen Alters oder wegen Vollendung des 65. Lebensjahres sowie für den Wegfall aufgrund des § 13 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes.

§ 8

Mitwirkungspflichten, Verfahren

(1) Für die Mitwirkungspflichten des Versorgungsempfängers und die Folgen fehlender Mitwirkung gelten die §§ 60 bis 62 und 65 bis 67 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

(2) Der Versorgungsempfänger hat Einkommen und Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nachzuweisen. Er ist verpflichtet, die Begründung eines neuen Arbeitsverhältnisses mitzuteilen und bei erstmaligem Bezug von Einkommen und Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sowie jeweils zum 1. Januar eines jeden Kalenderjahres Unterlagen, aus denen sich die Höhe des laufenden oder des in den zwölf Monaten vor dem 1. Januar erzielten Einkommens und der Rente ergibt, vorzulegen. Bei erstmaligem Bezug von Arbeitseinkommen bedarf es einer Erklärung über das voraussichtliche monatliche Einkommen der folgenden sechs Monate.

(3) Wird das Einkommen nicht nachgewiesen, kann unbeschadet des Absatzes 1 vorläufig das bisherige Einkommen, eine Erklärung nach Absatz 2 Satz 3, eine Entscheidung nach § 18b Abs. 6 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch oder ein geschätztes Einkommen zugrunde gelegt werden.

(4) Die Anrechnung des Einkommens auf die Versorgungsleistung ist dem Versorgungsempfänger durch Bescheid bekanntzugeben. Die Vorschriften des Ersten Kapitels des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sind anzuwenden. Bei der Berücksichtigung von Einkommensänderungen bedarf es nicht der vorherigen Anhörung des Versorgungsempfängers.

(5) Die Auskunftspflichten Dritter nach § 9 Abs. 4 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 9

Rückforderung von Versorgungsleistungen

Die Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsleistungen einschließlich der Aufrechnung und Verrechnung richtet sich nach den Vorschriften des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch. Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle ganz oder teilweise abgesehen werden.

§ 10

Außerkräfttreten

(1) Die Regelungen der Sonderversorgungssysteme über die Kürzung bei Bezug von Erwerbseinkommen treten außer Kraft.

(2) Soweit bisher Versorgungsleistungen wegen Zusammentreffen mit Hinterbliebenenrenten oder Dienstbeschädigungsteilrente gekürzt gezahlt wurden, treten die Regelungen der Sonderversorgungssysteme insoweit außer Kraft.

§ 11

(Inkrafttreten)

Dritte Verordnung zur Änderung der Steuerberatergebührenverordnung

Vom 20. August 1998

Auf Grund des § 64 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1387) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung der Bundessteuerberaterkammer:

Artikel 1

Die Steuerberatergebührenverordnung vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1442), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1370), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „15 Deutsche Mark“ durch die Worte „20 Deutsche Mark“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden die Worte „der Post- und Fernmeldegebühren“ durch die Worte „für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu zahlende Entgelte“ ersetzt.
2. § 9 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Vorschüsse“ ein Komma und die Worte „eine kurze Bezeichnung des jeweiligen Gebührentatbestands, die Bezeichnung der Auslagen“ eingefügt; das Wort „Gebührenschriften“ wird durch die Worte „Vorschriften dieser Gebührenverordnung“ ersetzt.
 - b) In Satz 3 werden die Worte „Post- und Fernmeldekosten“ durch die Worte „Entgelten für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen“ ersetzt.
3. Dem § 12 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt:

„Ist der frühere Auftrag seit mehr als zwei Kalenderjahren erledigt, gilt die weitere Tätigkeit als neue Angelegenheit.“
4. In § 13 Satz 2 werden die Worte „30 bis 77,50 Deutsche Mark“ durch die Worte „37,50 bis 90 Deutsche Mark“ ersetzt.
5. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen“.
 - b) In Satz 1 werden die Worte „entstandenen Post- und Fernmeldegebühren“ durch die Worte „für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu zahlenden Entgelte“ ersetzt.
6. § 17 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Der Steuerberater hat Anspruch auf Ersatz der Schreibauslagen für Abschriften und Ablichtungen

 1. aus Behörden- und Gerichtsakten, soweit deren Herstellung zur sachgemäßen Bearbeitung der Angelegenheit geboten war,
 2. für die Unterrichtung von mehr als drei Beteiligten auf Grund einer Rechtsvorschrift oder nach Aufforderung einer Behörde und
 3. im übrigen nur, wenn sie im Einverständnis mit dem Auftraggeber zusätzlich, auch zur Unterrichtung Dritter, angefertigt worden sind.“
7. § 18 erhält folgende Fassung:
 - a) Absatz 1 wird durch folgende Absätze ersetzt:

„(1) Für Geschäftsreisen sind dem Steuerberater als Reisekosten die Fahrtkosten und die Übernachtungskosten zu erstatten; ferner erhält er ein Tage- und Abwesenheitsgeld. Eine Geschäftsreise liegt vor, wenn das Reiseziel außerhalb der Gemeinde liegt, in der sich die Kanzlei oder die Wohnung des Steuerberaters befindet.

(2) Als Fahrtkosten sind zu erstatten:

 1. bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs zur Abgeltung der Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie der Abnutzung des Kraftfahrzeugs 0,52 DM für jeden gefahrenen Kilometer zuzüglich der durch die Benutzung des Kraftfahrzeugs aus Anlaß der Geschäftsreise regelmäßig anfallenden baren Auslagen, insbesondere der Parkgebühren,
 2. bei Benutzung anderer Verkehrsmittel die tatsächlichen Aufwendungen, soweit sie angemessen sind.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „25 Deutsche Mark“ durch „30 Deutsche Mark“, die Worte „50 Deutsche Mark“ durch „60 Deutsche Mark“ und die Worte „95 Deutsche Mark“ durch „110 Deutsche Mark“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Die Übernachtungskosten sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erstatten, soweit sie angemessen sind.“
8. § 21 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift wird ein Komma und das Wort „Erstberatung“ angefügt.
 - b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Ist die Tätigkeit nach Satz 1 Gegenstand einer ersten Beratung, so kann der Steuerberater, der erstmals von diesem Ratsuchenden

in Anspruch genommen wird, keine höhere Gebühr als 350 Deutsche Mark fordern.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3; der Betragsrahmen „25 bis 335 Deutsche Mark“ wird geändert in „37,50 bis 350 Deutsche Mark“.

c) In Absatz 2 Satz 2 wird das Zitat „Absatz 1 Satz 2“ durch das Zitat „Absatz 1 Satz 3“ ersetzt.

9. § 24 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 8 werden nach dem Wort „Umsatzsteuerjahreserklärung“ die Worte „einschließlich ergänzender Anträge und Meldungen“ eingefügt. Das Wort „6/10“ wird durch das Wort „8/10“ ersetzt.

b) In Nummer 9 wird das Wort „18/20“ durch das Wort „14/20“ ersetzt.

c) In Nummer 16 werden die Worte „der Abschöpfungen“ gestrichen, und in den Nummern 16 und 17 wird jeweils das Wort „Eingangsabgaben“ durch das Wort „Einfuhrabgaben“ ersetzt.

d) Nummer 20 wird gestrichen.

e) Nummer 21 wird wie folgt geändert:

Die Worte „nicht im Erhebungsgebiet“ werden durch die Worte „im Ausland“ ersetzt.

f) In Nummer 22 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 23 angefügt:

„23. von Anträgen nach Abschnitt X des Einkommensteuergesetzes 2/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist das beantragte Jahreskindergeld;“.

g) Folgende Nummer 24 wird angefügt:

„24. von Anträgen nach dem Eigenheimzulagen-gesetz 2/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die beantragte Eigenheimzulage.“

10. § 24 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Für einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung (Antrag auf Eintragung von Freibeträgen) erhält der Steuerberater 1/20 bis 4/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der voraussichtliche Jahresarbeitslohn; er beträgt mindestens 9 000 Deutsche Mark.“

11. § 24 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) In der Nummer 1 werden die Worte „oder Mineralgewinnungsrechte“ gestrichen.

b) Der Punkt in Nummer 2 wird durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:

„3. für die Anfertigung einer Meldung über die Beteiligung an ausländischen Körperschaften, Vermögensmassen und Personenvereinigungen und an ausländischen Personengesellschaften;“.

c) Folgende Nummer 4 wird angefügt:

„4. für die Anfertigung eines Erstattungsantrages nach § 50 Abs. 5 Satz 4 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes;“.

d) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. für die Anfertigung einer Anmeldung nach § 50a Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes, § 73e der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.“

12. § 26 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Gegenstandswert ist der Ausgangswert nach § 13a Abs. 4 einschließlich der Summe der Sondergewinne nach § 13a Abs. 8 des Einkommensteuergesetzes.“

13. § 27 Abs. 3 wird aufgehoben.

14. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Für die Buchführung nach vom Auftraggeber erstellten Eingaben für die Datenverarbeitung und mit beim Auftraggeber eingesetzten Datenverarbeitungsprogrammen des Steuerberaters erhält der Steuerberater neben der Vergütung für die Datenverarbeitung und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme eine Monatsgebühr von 1/20 bis 10/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).“

b) Absatz 6 wird wie folgt gefaßt:

„(6) Gegenstandswert ist der jeweils höchste Betrag, der sich aus dem Jahresumsatz oder aus der Summe des Aufwandes ergibt.“

15. § 34 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „12 Deutsche Mark“ durch die Worte „18 Deutsche Mark“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden die Worte „20 Deutsche Mark“ durch die Worte „30 Deutsche Mark“ ersetzt.

c) In Absatz 3 werden die Worte „8 Deutsche Mark“ durch die Worte „10 Deutsche Mark“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Für die Führung von Lohnkonten und die Anfertigung der Lohnabrechnung nach vom Auftraggeber erstellten Eingaben für die Datenverarbeitung und mit beim Auftraggeber eingesetzten Datenverarbeitungsprogrammen des Steuerberaters erhält der Steuerberater neben der Vergütung für die Datenverarbeitung und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme eine Gebühr von 1 Deutschen Mark bis 5 Deutsche Mark je Arbeitnehmer und Abrechnungszeitraum.“

16. § 35 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 1a werden die Worte „36/10“ durch die Worte „40/10“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Gegenstandswert ist

1. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3, 7 und 8 das Mittel zwischen der berichtigten Bilanzsumme und der betrieblichen Jahresleistung;

2. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 und 5 die berichtigte Bilanzsumme;

3. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 6 der Gegenstandswert, der für die dem Erläuterungsbericht zugrunde liegenden Abschlußarbeiten maßgeblich ist.

Die berichtigte Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Posten der Aktivseite der Bilanz zuzüglich Privatentnahmen und offener Ausschüttungen, abzüglich Privateinlagen, Kapitalerhöhungen durch Einlagen und Wertberichtigungen. Die betriebliche Jahresleistung umfaßt Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge, Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, Veränderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen sowie außerordentliche Erträge. Ist der betriebliche Jahresaufwand höher als die betriebliche Jahresleistung, so ist dieser der Berechnung des Gegenstandswerts zugrunde zu legen. Betrieblicher Jahresaufwand ist die Summe der Betriebsausgaben einschließlich der Abschreibungen. Bei der Berechnung des Gegenstandswerts ist eine negative berichtigte Bilanzsumme als positiver Wert anzusetzen. Übersteigen die betriebliche Jahresleistung oder der höhere betriebliche Jahresaufwand das 5fache der berichtigten Bilanzsumme, so bleibt der übersteigende Betrag bei der Ermittlung des Gegenstandswerts außer Ansatz. Der Gegenstandswert besteht nur aus der berichtigten Bilanzsumme, wenn die betriebliche Jahresleistung geringer als 6 000 Deutsche Mark ist. Der Gegenstandswert besteht nur aus der betrieblichen Jahresleistung, wenn die berichtigte Bilanzsumme geringer als 6 000 Deutsche Mark ist.“

17. § 36 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden die Worte „die Zeitgebühr“ durch die Worte „2/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2) sowie die Zeitgebühr“ ersetzt.

- b) In Nummer 2 werden die Worte „2 Zehntel bis 10 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2)“ durch die Worte „die Zeitgebühr“ ersetzt.

18. In § 39 Abs. 2 Nr. 3 werden nach den Worten „neben der Vergütung für die Datenverarbeitung“ die Worte „und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme“ eingefügt.

19. § 40 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut des § 40 wird Absatz 1; folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Erledigt sich eine Angelegenheit ganz oder teilweise nach Rücknahme, Widerruf, Aufhebung, Änderung oder Berichtigung des mit einem Rechtsbehelf angefochtenen Verwaltungsaktes, so erhält der Steuerberater, der bei der Erledigung mitgewirkt hat, eine Gebühr von 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle E (Anlage 5).“

20. Die Tabelle A wird durch die dieser Verordnung als Anlage 1 beigefügte Fassung ersetzt.
21. Die Tabelle B wird durch die dieser Verordnung als Anlage 2 beigefügte Fassung ersetzt.
22. Die Tabelle C wird durch die dieser Verordnung als Anlage 3 beigefügte Fassung ersetzt.
23. Die Tabelle D wird durch die dieser Verordnung als Anlage 4 beigefügte Fassung ersetzt.
24. Die Tabelle E wird durch die dieser Verordnung als Anlage 5 beigefügte Fassung ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. August 1998

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Hansgeorg Hauser

Anlage 1

Tabelle A
(Beratungstabelle)

Gegenstandswert Deutsche Mark	Volle Gebühr ^(10/10) Deutsche Mark	Gegenstandswert Deutsche Mark	Volle Gebühr ^(10/10) Deutsche Mark
bis 600	50	bis 220 000	2 765
bis 1 200	90	bis 250 000	2 925
bis 1 800	130	bis 280 000	3 085
bis 2 400	170	bis 310 000	3 245
bis 3 000	210	bis 340 000	3 405
bis 4 000	265	bis 370 000	3 565
bis 5 000	320	bis 400 000	3 725
bis 6 000	375	bis 460 000	3 975
bis 7 000	430	bis 520 000	4 225
bis 8 000	485	bis 580 000	4 475
bis 9 000	540	bis 640 000	4 586
bis 10 000	595	bis 700 000	4 694
bis 12 000	665	bis 760 000	4 798
bis 14 000	735	bis 820 000	4 900
bis 16 000	805	bis 880 000	4 998
bis 18 000	875	bis 940 000	5 094
bis 20 000	945	bis 1 000 000	5 187
bis 25 000	1 025	bis 1 100 000	5 326
bis 30 000	1 105	bis 1 200 000	5 460
bis 35 000	1 185		
bis 40 000	1 265	vom Mehrbetrag bis	
bis 45 000	1 345	10 000 000 Deutsche Mark	
bis 50 000	1 425	je angefangene 100 000 Deutsche Mark	240
bis 60 000	1 565		
bis 70 000	1 705	vom Mehrbetrag über	
bis 80 000	1 845	10 000 000 Deutsche Mark	
bis 90 000	1 985	bis 50 000 000 Deutsche Mark	
bis 100 000	2 125	je angefangene 100 000 Deutsche Mark	180
bis 130 000	2 285		
bis 160 000	2 445	vom Mehrbetrag über	
bis 190 000	2 605	50 000 000 Deutsche Mark	
		je angefangene 100 000 Deutsche Mark	140

Anlage 2

Tabelle B
(Abschlußtable)

Gegenstandswert Deutsche Mark	Volle Gebühr (10/10) Deutsche Mark	Gegenstandswert Deutsche Mark	Volle Gebühr (10/10) Deutsche Mark
bis 6 000	77	bis 2 500 000	1 914
bis 7 000	91	bis 3 000 000	2 124
bis 8 000	107	bis 3 500 000	2 308
bis 9 000	122	bis 4 000 000	2 473
bis 10 000	138	bis 4 500 000	2 621
bis 12 000	153	bis 5 000 000	2 756
bis 14 000	168	bis 6 000 000	2 881
bis 16 000	183	bis 7 000 000	3 131
bis 18 000	194	bis 8 000 000	3 352
bis 20 000	206	bis 9 000 000	3 551
bis 25 000	215	bis 10 000 000	3 735
bis 30 000	242	bis 15 000 000	4 363
bis 35 000	265	bis 20 000 000	5 072
bis 40 000	286	bis 25 000 000	5 647
bis 45 000	306	bis 30 000 000	6 127
bis 50 000	324	bis 35 000 000	6 536
bis 75 000	343	bis 40 000 000	6 888
bis 100 000	419	bis 45 000 000	7 338
bis 125 000	485	bis 50 000 000	7 752
bis 150 000	542	bis 60 000 000	8 528
bis 175 000	566	bis 70 000 000	9 239
bis 200 000	592	bis 80 000 000	9 902
bis 250 000	678	bis 90 000 000	10 521
bis 300 000	754	bis 100 000 000	11 107
bis 350 000	820		
bis 400 000	879	vom Mehrbetrag bis	
bis 450 000	933	250 000 000 Deutsche Mark	
bis 500 000	982	je angefangene 10 000 000 Deutsche Mark	437
bis 600 000	1 027		
bis 700 000	1 117	vom Mehrbetrag über	
bis 800 000	1 197	250 000 000 Deutsche Mark	
bis 900 000	1 268	bis 500 000 000 Deutsche Mark	
bis 1 000 000	1 336	je angefangene 25 000 000 Deutsche Mark	765
bis 1 250 000	1 398		
bis 1 500 000	1 551	vom Mehrbetrag über	
bis 1 750 000	1 686	500 000 000 Deutsche Mark	
bis 2 000 000	1 806	je angefangene 50 000 000 Deutsche Mark	1 092

Anlage 3

Tabelle C
(Buchführungstabelle)

Gegenstandswert Deutsche Mark		Volle Gebühr ^(10/10) Deutsche Mark	Gegenstandswert Deutsche Mark		Volle Gebühr ^(10/10) Deutsche Mark
bis	30 000	116	bis	200 000	300
bis	35 000	127	bis	250 000	335
bis	40 000	139	bis	300 000	370
bis	45 000	150	bis	400 000	439
bis	50 000	162	bis	500 000	508
bis	60 000	173	bis	600 000	578
bis	70 000	185	bis	700 000	647
bis	80 000	196	bis	800 000	705
bis	90 000	208	bis	900 000	762
bis	100 000	219	bis	1 000 000	820
bis	125 000	231	vom Mehrbetrag über		
bis	150 000	254	1 000 000 Deutsche Mark		
bis	175 000	277	je angefangene 100 000 Deutsche Mark		58

Anlage 4

Tabelle D
Teil a
(Landwirtschaftliche Tabelle – Betriebsfläche)

Betriebsfläche Hektar	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Deutsche Mark	Betriebsfläche Hektar	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Deutsche Mark
bis 40	578	bis 380	1 880
bis 45	620	bis 400	1 930
bis 50	659	bis 420	1 979
bis 55	697	bis 440	2 028
bis 60	733	bis 460	2 075
bis 65	767	bis 480	2 121
bis 70	798	bis 500	2 166
bis 75	827	bis 520	2 210
bis 80	855	bis 540	2 253
bis 85	880	bis 560	2 295
bis 90	903	bis 580	2 336
bis 95	924	bis 600	2 376
bis 100	943	bis 620	2 415
bis 110	989	bis 640	2 453
bis 120	1 034	bis 660	2 490
bis 130	1 078	bis 680	2 525
bis 140	1 121	bis 700	2 560
bis 150	1 163	bis 750	2 639
bis 160	1 204	bis 800	2 708
bis 170	1 244	bis 850	2 768
bis 180	1 283	bis 900	2 818
bis 190	1 321	bis 950	2 859
bis 200	1 358	bis 1 000	2 891
bis 210	1 393		
bis 220	1 428	bis 2 000 je ha	2,65 mehr
bis 230	1 462	bis 3 000 je ha	2,40 mehr
bis 240	1 494	bis 4 000 je ha	2,16 mehr
bis 250	1 526	bis 5 000 je ha	1,92 mehr
bis 260	1 556	bis 6 000 je ha	1,68 mehr
bis 270	1 586	bis 7 000 je ha	1,44 mehr
bis 280	1 614	bis 8 000 je ha	1,20 mehr
bis 290	1 641	bis 9 000 je ha	0,96 mehr
bis 300	1 667	bis 10 000 je ha	0,71 mehr
bis 320	1 722	bis 11 000 je ha	0,47 mehr
bis 340	1 776	bis 12 000 je ha	0,23 mehr
bis 360	1 828	ab 12 000 je ha	0,23 mehr

Tabelle D
Teil b
(Landwirtschaftliche Tabelle – Jahresumsatz)

Jahresumsatz i.S.v. § 39 Abs. 5 Deutsche Mark		Volle Gebühr (^{10/10}) Deutsche Mark		Jahresumsatz i.S.v. § 39 Abs. 5 Deutsche Mark		Volle Gebühr (^{10/10}) Deutsche Mark	
bis	80 000		615	bis	500 000		2 818
bis	85 000		646	bis	510 000		2 864
bis	90 000		676	bis	520 000		2 911
bis	95 000		707	bis	530 000		2 956
bis	100 000		737	bis	540 000		3 001
bis	110 000		797	bis	550 000		3 046
bis	120 000		856	bis	560 000		3 090
bis	130 000		915	bis	570 000		3 134
bis	140 000		972	bis	580 000		3 177
bis	150 000		1 030	bis	590 000		3 220
bis	160 000		1 087	bis	600 000		3 262
bis	170 000		1 143	bis	610 000		3 304
bis	180 000		1 199	bis	620 000		3 345
bis	190 000		1 255	bis	630 000		3 386
bis	200 000		1 309	bis	640 000		3 426
bis	210 000		1 364	bis	650 000		3 466
bis	220 000		1 418	bis	660 000		3 505
bis	230 000		1 471	bis	670 000		3 544
bis	240 000		1 525	bis	680 000		3 582
bis	250 000		1 577	bis	690 000		3 619
bis	260 000		1 630	bis	700 000		3 656
bis	270 000		1 682	bis	710 000		3 693
bis	280 000		1 735	bis	720 000		3 729
bis	290 000		1 786	bis	730 000		3 764
bis	300 000		1 838	bis	740 000		3 799
bis	310 000		1 889	bis	750 000		3 834
bis	320 000		1 940	bis	760 000		3 857
bis	330 000		1 991	bis	770 000		3 901
bis	340 000		2 041	bis	780 000		3 933
bis	350 000		2 092	bis	790 000		3 966
bis	360 000		2 142	bis	800 000		3 997
bis	370 000		2 192	bis	820 000		4 060
bis	380 000		2 242	bis	840 000		4 122
bis	390 000		2 291	bis	860 000		4 183
bis	400 000		2 340	bis	880 000		4 243
bis	410 000		2 390	bis	900 000		4 302
bis	420 000		2 438	bis	920 000		4 360
bis	430 000		2 486	bis	940 000		4 415
bis	440 000		2 535	bis	960 000		4 469
bis	450 000		2 583	bis	980 000		4 520
bis	460 000		2 630	bis	1 000 000		4 570
bis	470 000		2 678	vom Mehrbetrag über			
bis	480 000		2 725	1 000 000 Deutsche Mark			
bis	490 000		2 772	je angefangene 100 000 Deutsche Mark			263

Anlage 5

Tabelle E
(Rechtsbehelfstabelle)

Gegenstandswert Deutsche Mark		Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Deutsche Mark		Gegenstandswert Deutsche Mark		Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Deutsche Mark	
bis	600		50	bis	90 000		1 985
bis	1 200		90	bis	100 000		2 125
bis	1 800		130	bis	130 000		2 285
bis	2 400		170	bis	160 000		2 445
bis	3 000		210	bis	190 000		2 605
bis	4 000		265	bis	220 000		2 765
bis	5 000		320	bis	250 000		2 925
bis	6 000		375	bis	280 000		3 085
bis	7 000		430	bis	310 000		3 245
bis	8 000		485	bis	340 000		3 405
bis	9 000		540	bis	370 000		3 565
bis	10 000		595	bis	400 000		3 725
bis	12 000		665	bis	460 000		3 975
bis	14 000		735	bis	520 000		4 225
bis	16 000		805	bis	580 000		4 475
bis	18 000		875	bis	640 000		4 725
bis	20 000		945	bis	700 000		4 975
bis	25 000		1 025	bis	760 000		5 225
bis	30 000		1 105	bis	820 000		5 475
bis	35 000		1 185	bis	880 000		5 725
bis	40 000		1 265	bis	940 000		5 975
bis	45 000		1 345	bis	1 000 000		6 225
bis	50 000		1 425				
bis	60 000		1 565	vom Mehrbetrag über			
bis	70 000		1 705	1 000 000 Deutsche Mark			
bis	80 000		1 845	je angefangene 100 000 Deutsche Mark			300

**Erste Verordnung
zur Änderung der Telekom-Arbeitszeitverordnung
(1. T-AZVÄndV)**

Vom 20. August 1998

Auf Grund des § 3 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Postpersonalrechtsgesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325, 2353) in Verbindung mit Artikel 56 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705, 716) und dem Organisationserlaß des Bundeskanzlers vom 17. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 68) verordnet das Bundesministerium der Finanzen auf Vorschlag des Vorstands der Deutschen Telekom AG und nach Anhörung der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost:

Artikel 1

Änderung der Telekom-Arbeitszeitverordnung

Die Telekom-Arbeitszeitverordnung vom 18. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3366) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „§ 2“ durch die Wörter „den §§ 2 und 3“ ersetzt.
2. Nach § 1 wird folgender neuer § 2 eingefügt:

„§ 2
Abweichende Einteilung der regelmäßigen Arbeitszeit
Eine von § 1 der Arbeitszeitverordnung abweichende Einteilung der regelmäßigen Arbeitszeit (Mehr- oder Minderleistungen an einem Tag oder in einer Woche) ist innerhalb von zwölf Monaten auszugleichen.“
3. Der bisherige § 2 wird § 3 mit der Überschrift „Gleitende Arbeitszeit“, und der bisherige § 3 wird § 4.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1998 in Kraft.

Bonn, den 20. August 1998

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Stark

**Verordnung
über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen
(Verpackungsverordnung – VerpackV)*)**

Vom 21. August 1998

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 4, des § 23 Nr. 1, 2 und 6, des § 24 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 und Abs. 2 Nr. 1 und des § 57, jeweils in Verbindung mit § 59, sowie des § 7 Abs. 1 Nr. 3 und des § 12 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705) verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der beteiligten Kreise unter Berücksichtigung der Rechte des Bundestages:

Abschnitt I

**Abfallwirtschaftliche Ziele,
Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen**

§ 1

Abfallwirtschaftliche Ziele

Diese Verordnung bezweckt, die Auswirkungen von Abfällen aus Verpackungen auf die Umwelt zu vermeiden oder zu verringern. Verpackungsabfälle sind in erster Linie zu vermeiden; im übrigen wird der Wiederverwendung von Verpackungen, der stofflichen Verwertung sowie den anderen Formen der Verwertung Vorrang vor der Beseitigung von Verpackungsabfällen eingeräumt. Bis zum 30. Juni 2001 sollen von den gesamten Verpackungsabfällen 65 Masseprozent verwertet und 45 Masseprozent stofflich verwertet werden. Die Bundesregierung führt die notwendigen Erhebungen durch.

§ 2

Anwendungsbereich

(1) Die Verordnung gilt für alle im Geltungsbereich des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes in Verkehr gebrachten Verpackungen, unabhängig davon, ob sie in der Industrie, im Handel, in der Verwaltung, im Gewerbe, im Dienstleistungsbereich, in Haushaltungen oder anderswo anfallen und unabhängig von den Materialien, aus denen sie bestehen.

(2) Soweit auf Grund anderer Rechtsvorschriften besondere Anforderungen an Verpackungen oder die Entsorgung von Verpackungsabfällen oder die Beförderung von verpackten Erzeugnissen oder von Verpackungsabfällen bestehen, bleiben diese unberührt.

(3) Die Befugnis des Bundes, der Länder und Gemeinden, Dritte bei der Nutzung ihrer Einrichtungen oder Grundstücke sowie der Sondernutzung öffentlicher Straßen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu verpflichten, bleibt unberührt.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Verpackungen:

Aus beliebigen Materialien hergestellte Produkte zur Aufnahme, zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung oder zur Darbietung von Waren, die vom Rohstoff bis zum Verarbeitungserzeugnis reichen können und vom Hersteller an den Vertreiber oder Endverbraucher weitergegeben werden.

2. Verkaufsverpackungen:

Verpackungen, die als eine Verkaufseinheit angeboten werden und beim Endverbraucher anfallen. Verkaufsverpackungen im Sinne der Verordnung sind auch Verpackungen des Handels, der Gastronomie und anderer Dienstleister, die die Übergabe von Waren an den Endverbraucher ermöglichen oder unterstützen (Serviceverpackungen) sowie Einweggeschirr und Einwegbestecke.

3. Umverpackungen:

Verpackungen, die als zusätzliche Verpackungen zu Verkaufsverpackungen verwendet werden und nicht aus Gründen der Hygiene, der Haltbarkeit oder des Schutzes der Ware vor Beschädigung oder Verschmutzung für die Abgabe an den Endverbraucher erforderlich sind.

4. Transportverpackungen:

Verpackungen, die den Transport von Waren erleichtern, die Waren auf dem Transport vor Schäden bewahren oder die aus Gründen der Sicherheit des Transports verwendet werden und beim Vertreiber anfallen.

(2) Getränkeverpackungen im Sinne dieser Verordnung sind geschlossene oder überwiegend geschlossene Verpackungen für flüssige Lebensmittel im Sinne des § 1 Abs. 1 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandsgesetzes, die zum Verzehr als Getränke bestimmt sind, ausgenommen Joghurt und Kefir.

*) Mit dieser Verordnung wird die Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. EG Nr. L 365 S. 10) umgesetzt. Die Mitteilungspflichten der Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. EG Nr. L 109 S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/10/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. März 1994 (ABl. EG Nr. L 100 S. 30), sind beachtet worden.

(3) Mehrwegverpackungen im Sinne dieser Verordnung sind Verpackungen, die dazu bestimmt sind, nach Gebrauch mehrfach zum gleichen Zweck wiederverwendet zu werden.

(4) Verbundverpackungen im Sinne dieser Verordnung sind Verpackungen aus unterschiedlichen, von Hand nicht trennbaren Materialien, von denen keines einen Masseanteil von 95 vom Hundert überschreitet.

(5) Langlebige Verpackungen im Sinne dieser Verordnung sind Verpackungen, die dem dauerhaften Gebrauch eines Produktes dienen, das im statistischen Mittel eine Lebensdauer von mindestens fünf Jahren aufweist.

(6) Schadstoffhaltige Füllgüter im Sinne dieser Verordnung sind

1. Stoffe und Zubereitungen, die bei einem Vertrieb im Einzelhandel dem Selbstbedienungsverbot nach § 4 der Chemikalienverbotsverordnung unterliegen würden,
2. Pflanzenschutzmittel im Sinne des § 2 Nr. 9 des Pflanzenschutzgesetzes, die
 - a) als sehr giftig, giftig, ätzend, brandfördernd, hochentzündlich nach Anhang I Nr. 2 der Gefahrstoffverordnung oder
 - b) als gesundheitsschädlich nach Anhang I Nr. 2 und mit dem R-Satz R 40, R 62 oder R 63 nach Anhang I Nr. 3 der Gefahrstoffverordnung

gekennzeichnet sind,

3. Zubereitungen von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI), soweit diese als gesundheitsschädlich (Xn) nach Anhang I Nr. 2 und mit dem R-Satz R 42 nach Anhang I Nr. 3 der Gefahrstoffverordnung zu kennzeichnen sind und in Druckgaspackungen in Verkehr gebracht werden.

(7) Hersteller im Sinne dieser Verordnung ist, wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse herstellt, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, und derjenige, der Verpackungen in den Geltungsbereich der Verordnung einführt.

(8) Vertreiber im Sinne dieser Verordnung ist, wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, oder Waren in Verpackungen, gleichgültig auf welcher Handelsstufe, in Verkehr bringt. Vertreiber im Sinne dieser Verordnung ist auch der Versandhandel.

(9) Als Einzugsgebiet des Herstellers oder Vertreibers ist das Gebiet des Landes anzusehen, in dem die Waren in Verpackungen in Verkehr gebracht werden.

(10) Endverbraucher im Sinne dieser Verordnung ist derjenige, der die Waren in der an ihn gelieferten Form nicht mehr weiter veräußert. Private Endverbraucher im Sinne dieser Verordnung sind Haushaltungen und vergleichbare Anfallstellen von Verpackungen, insbesondere Gaststätten, Hotels, Kantinen, Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen und Freiberufler sowie landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe mit Ausnahme von Druckereien und sonstigen papierverarbeitenden Betrieben, die über haushaltsübliche Sammelgefäße für Papier, Pappe, Kartonagen und Leichtverpackungen mit nicht mehr als maximal je Stoffgruppe einem 1.100-Liter-Umleerbehälter im haushaltsüblichen Abfuhrhythmus entsorgt werden können.

(11) Restentleerte Verpackungen im Sinne dieser Verordnung sind Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.

Abschnitt II

Rücknahme-, Pfanderhebungs- und Verwertungspflichten

§ 4

Rücknahmepflichten für Transportverpackungen

(1) Hersteller und Vertreiber sind verpflichtet, Transportverpackungen nach Gebrauch zurückzunehmen. Im Rahmen wiederkehrender Belieferungen kann die Rücknahme auch bei einer der nächsten Anlieferungen erfolgen.

(2) Die zurückgenommenen Transportverpackungen sind einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist (§ 5 Abs. 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes), insbesondere für einen gewonnenen Stoff ein Markt vorhanden ist oder geschaffen werden kann. Bei Transportverpackungen, die unmittelbar aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt sind, ist die energetische Verwertung der stofflichen Verwertung gleichgestellt.

§ 5

Rücknahmepflichten für Umverpackungen

(1) Vertreiber, die Waren in Umverpackungen anbieten, sind verpflichtet, bei der Abgabe der Waren an Endverbraucher die Umverpackungen zu entfernen oder dem Endverbraucher in der Verkaufsstelle oder auf dem zur Verkaufsstelle gehörenden Gelände Gelegenheit zum Entfernen und zur unentgeltlichen Rückgabe der Umverpackung zu geben. Dies gilt nicht, wenn der Endverbraucher die Übergabe der Waren in der Umverpackung verlangt; in diesem Fall gelten die Vorschriften über die Rücknahme von Verkaufsverpackungen entsprechend.

(2) Soweit der Vertreiber die Umverpackung nicht selbst entfernt, muß er an der Kasse durch deutlich erkennbare und lesbare Schrifftafeln darauf hinweisen, daß der Endverbraucher in der Verkaufsstelle oder auf dem zur Verkaufsstelle gehörenden Gelände die Möglichkeit hat, die Umverpackungen von der erworbenen Ware zu entfernen und zurückzulassen.

(3) Der Vertreiber ist verpflichtet, in der Verkaufsstelle oder auf dem zur Verkaufsstelle gehörenden Gelände geeignete Sammelgefäße zur Aufnahme der Umverpackungen für den Endverbraucher gut sichtbar und gut zugänglich bereitzustellen. Dabei ist eine Getrennthaltung einzelner Wertstoffgruppen sicherzustellen, soweit dies ohne Kennzeichnung möglich ist. Der Vertreiber ist verpflichtet, Umverpackungen einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen. § 4 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 6

Rücknahmepflichten für Verkaufsverpackungen

(1) Der Vertreiber ist verpflichtet, vom Endverbraucher gebrauchte, restentleerte Verkaufsverpackungen am Ort

der tatsächlichen Übergabe oder in dessen unmittelbarer Nähe unentgeltlich zurückzunehmen, einer Verwertung entsprechend den Anforderungen in Nummer 1 des Anhangs I zuzuführen und die Anforderungen nach Nummer 2 des Anhangs I zu erfüllen. Die Anforderungen an die Verwertung können auch durch eine erneute Verwendung oder Weitergabe an Vertreiber oder Hersteller nach Absatz 2 erfüllt werden. Der Vertreiber muß den privaten Endverbraucher durch deutlich erkennbare und lesbare Schrifttafeln auf die Rückgabemöglichkeit nach Satz 1 hinweisen. Die Verpflichtung nach Satz 1 beschränkt sich auf Verpackungen der Art, Form und Größe und auf Verpackungen solcher Waren, die der Vertreiber in seinem Sortiment führt. Für Vertreiber mit einer Verkaufsfläche von weniger als 200 m² beschränkt sich die Rücknahmeverpflichtung auf die Verpackungen der Marken, die der Vertreiber in Verkehr bringt. Im Versandhandel ist die Rücknahme durch geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum Endverbraucher zu gewährleisten. In der Warensendung und in den Katalogen ist auf die Rückgabemöglichkeit hinzuweisen. Soweit Verkaufsverpackungen nicht bei privaten Endverbrauchern anfallen, können abweichende Vereinbarungen über den Ort der Rückgabe und die Kostenregelung getroffen werden. Soweit Vertreiber die Verpflichtungen nach Satz 1 nicht durch Rücknahme an der Abgabestelle erfüllen, haben sie diese durch ein System nach Absatz 3 sicherzustellen. Für Vertreiber von Verpackungen, für die die Möglichkeit einer Beteiligung an einem System nach Absatz 3 nicht besteht, gelten abweichend von Satz 1 die Verwertungsanforderungen nach § 4 Abs. 2 entsprechend.

(2) Hersteller und Vertreiber sind verpflichtet, die nach Absatz 1 von Vertreibern zurückgenommenen Verpackungen am Ort der tatsächlichen Übergabe unentgeltlich zurückzunehmen, einer Verwertung entsprechend den Anforderungen in Nummer 1 des Anhangs I zuzuführen und die Anforderungen nach Nummer 2 des Anhangs I zu erfüllen. Die Anforderungen an die Verwertung können auch durch eine erneute Verwendung erfüllt werden. Die Verpflichtungen nach Satz 1 beschränken sich auf Verpackungen der Art, Form und Größe sowie auf Verpackungen solcher Waren, welche die jeweiligen Hersteller und Vertreiber in Verkehr bringen. Absatz 1 Satz 8 bis 10 gilt entsprechend.

(3) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 entfallen bei Verpackungen, für die sich der Hersteller oder Vertreiber an einem System beteiligt, das flächendeckend im Einzugsgebiet des nach Absatz 1 verpflichteten Vertreibers eine regelmäßige Abholung gebrauchter Verkaufsverpackungen beim privaten Endverbraucher oder in dessen Nähe in ausreichender Weise gewährleistet und die im Anhang I genannten Anforderungen erfüllt. Ein System (Systembetreiber, Antragsteller) nach Satz 1 hat die in sein System eingebrachten Verpackungen einer Verwertung entsprechend den Anforderungen in Nummer 1 des Anhangs I zuzuführen und die Anforderungen nach den Nummern 3 und 4 des Anhangs I zu erfüllen. Die Beteiligung an einem System nach Satz 1 ist der zuständigen Behörde auf Verlangen nachzuweisen. Das System nach Satz 1 ist auf vorhandene Sammel- und Verwertungssysteme der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, in deren Bereich es eingerichtet wird, abzustimmen. Die Abstimmung hat zwischen dem Systembetreiber und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger schriftlich zu erfolgen. Die Abstimmung ist Voraussetzung für die Fest-

stellung nach Satz 11. Die Belange der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind dabei besonders zu berücksichtigen. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger können die Übernahme oder Mitbenutzung der Einrichtungen, die für die Sammlung und Sortierung von Materialien der im Anhang zu dieser Verordnung genannten Art erforderlich sind, gegen ein angemessenes Entgelt verlangen. Die Abstimmung darf der Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen im Wettbewerb (Anhang I Nr. 3 Abs. 3 Nr. 2) nicht entgegenstehen. Der Systembetreiber ist verpflichtet, sich an den Kosten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu beteiligen, die durch Abfallberatung für sein System und durch die Errichtung, Bereitstellung, Unterhaltung sowie Sauberhaltung von Flächen für die Aufstellung von Sammelgroßbehältnissen entstehen. Die für die Abfallwirtschaft zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde stellt auf Antrag des Systembetreibers fest, daß ein System nach Satz 1 flächendeckend eingerichtet ist. Die Feststellung kann auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden, die erforderlich sind, um die beim Erlaß der Feststellung vorliegenden Voraussetzungen auch während des Betriebs des Systems dauerhaft sicherzustellen. Sie ist öffentlich bekanntzugeben und vom Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntgabe an wirksam.

(4) Die zuständige Behörde kann ihre Entscheidung nach Absatz 3 Satz 11 widerrufen, sobald und soweit sie feststellt, daß die in Absatz 3 Satz 1 genannten Anforderungen nicht eingehalten werden. Sie gibt den Widerruf ebenfalls öffentlich bekannt. Der Widerruf ist auf Verpackungen bestimmter Materialien zu beschränken, soweit nur für diese die im Anhang I zu dieser Verordnung genannten Verwertungsquoten nicht erreicht werden. Die Absätze 1 und 2 finden am ersten Tage des auf die Bekanntgabe des Widerrufs folgenden sechsten Kalendermonats Anwendung. Die zuständige Behörde kann ihre Entscheidung nach Absatz 3 Satz 11 ferner widerrufen, sobald und soweit sie feststellt, daß der Betrieb des Systems eingestellt ist. Die Absätze 1 und 2 finden in diesem Falle zwei Monate nach Bekanntgabe des Widerrufs Anwendung.

(5) Diese Vorschrift gilt für Vertreiber von Serviceverpackungen, die in Ladengeschäften des Lebensmittelhandwerks abgegeben werden, mit der Maßgabe, daß Nummer 2 Abs. 1 des Anhangs I keine Anwendung findet. Die Vorschrift gilt nicht für Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter. Nummer 4 Abs. 1 des Anhangs I bleibt unberührt.

(6) Hersteller und Vertreiber von langlebigen Verkaufsverpackungen haben bis zum 31. Dezember 1998 der zuständigen Behörde ein schlüssiges Konzept vorzulegen, in dem sie darstellen, welche Maßnahmen sie ergreifen werden, damit die von ihnen in Verkehr gebrachten Verpackungen nach Gebrauch ihnen oder einem beauftragten Dritten zurückgegeben werden.

§ 7

Rücknahmepflichten für Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter

(1) Hersteller und Vertreiber von Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter sind verpflichtet, bis zum 1. Januar 2000 durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß gebrauchte, restentleerte Verpackungen vom

Endverbraucher in zumutbarer Entfernung unentgeltlich zurückgegeben werden können. Sie müssen den Endverbraucher durch deutlich erkennbare und lesbare Schrifttafeln in der Verkaufsstelle und im Versandhandel durch andere geeignete Maßnahmen auf die Rückgabemöglichkeit hinweisen. Soweit Verkaufsverpackungen nicht bei privaten Endverbrauchern anfallen, können abweichende Vereinbarungen über den Ort der Rückgabe und die Kostenregelung getroffen werden.

(2) Die zurückgenommenen Verpackungen sind einer erneuten Verwendung oder einer Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist.

§ 8

Pfanderhebungspflicht für Getränkeverpackungen sowie für Verpackungen von Wasch- und Reinigungsmitteln und von Dispersionsfarben

(1) Vertreiber, die flüssige Lebensmittel in Getränkeverpackungen, die keine Mehrwegverpackungen sind, in Verkehr bringen, sind verpflichtet, von ihrem Abnehmer ein Pfand in Höhe von mindestens 0,50 Deutsche Mark einschließlich Umsatzsteuer je Verpackung zu erheben; ab einem Füllvolumen von mehr als 1,5 Liter beträgt das Pfand mindestens eine Deutsche Mark einschließlich Umsatzsteuer. Das Pfand ist von jedem weiteren Vertreiber auf allen Handelsstufen bis zur Abgabe an den Endverbraucher zu erheben. Das Pfand ist jeweils bei Rücknahme der Verpackungen nach § 6 Abs. 1 und 2 zu erstatten.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für an private Endverbraucher abgegebene Verpackungen

1. für Wasch- und Reinigungsmittel im Sinne von § 2 Abs. 1 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes,
2. für Dispersionsfarben mit einer Füllmasse ab zwei Kilogramm. In diesem Falle beträgt das Pfand zwei Deutsche Mark.

§ 9

Befreiung von Pfandpflichten, Schutz von ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen

(1) § 8 findet keine Anwendung auf Verpackungen, für die sich der Hersteller oder Vertreiber an einem System nach § 6 Abs. 3 beteiligt. § 6 Abs. 4 gilt entsprechend.

(2) Sofern der Anteil der in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränke für Bier, Mineralwasser (einschließlich Quellwasser, Tafelwasser und Heilwasser), Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure, Fruchtsäfte (einschließlich Fruchtnektare, Gemüsesäfte und andere Getränke ohne Kohlensäure) und Wein (ausgenommen Perl-, Schaum-, Wermut- und Dessertweine) im Kalenderjahr insgesamt im Geltungsbereich dieser Verordnung unter 72 vom Hundert sinkt, wird für den Zeitraum von 12 Monaten nach der Bekanntmachung des Unterschreitens der Mehrweganteile eine erneute Erhebung über die erheblichen Mehrweganteile durchgeführt. Liegt danach der Mehrweganteil im Bundesgebiet unter dem nach Satz 1 festgesetzten Anteil, gilt die Entscheidung nach § 6 Abs. 3 vom ersten Tage des auf die Bekanntgabe nach Absatz 3 folgenden sechsten Kalendermonats bundesweit für die Getränkebereiche als widerrufen, für die der im Jahr 1991 festgestellte Mehrweganteil unterschritten ist. Für pasteu-

rierte Konsummilch gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend, wenn der im Geltungsbereich der Verordnung bestehende Anteil von Mehrwegverpackungen und von Schlauchbeutel-Verpackungen aus Polyethylen im Kalenderjahr unter 20 vom Hundert sinkt.

(3) Die Bundesregierung gibt die nach Absatz 2 erheblichen Anteile von in ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen abgefüllten Getränken jährlich im Bundesanzeiger bekannt.

(4) Sofern der nach Absatz 2 erhebliche Anteil von in ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen abgefüllten Getränken nach einem Widerruf wieder erreicht wird, hat die zuständige Behörde auf Antrag oder von Amts wegen eine erneute Feststellung nach § 6 Abs. 3 zu treffen.

§ 10

Beschränkung der Rücknahme- und Pfanderstattungspflichten

Vertreiber in einem Einzugsgebiet, in dem § 8 Anwendung findet, können die Rücknahme und die Pfanderstattung für solche Verpackungen verweigern, die aus Einzugsgebieten stammen, in denen eine Feststellung nach § 6 Abs. 3 Satz 11 erfolgt ist. Zur Unterscheidung können sie ihre Verpackungen zusammen mit Pfandmarken ausgeben oder auf andere Weise kenntlich machen.

§ 11

Beauftragung Dritter

Hersteller und Vertreiber können sich zur Erfüllung der in dieser Verordnung bestimmten Pflichten Dritter bedienen. Die Rücknahme von Verpackungen und die Erstattung von Pfandbeträgen kann auch über Automaten erfolgen.

Abschnitt III

Herstellen, Inverkehrbringen und Kennzeichnen von Verpackungen

§ 12

Allgemeine Anforderungen

Verpackungen sind so herzustellen und zu vertreiben, daß

1. Verpackungsvolumen und -masse auf das Mindestmaß begrenzt werden, das zur Erhaltung der erforderlichen Sicherheit und Hygiene des verpackten Produkts und zu dessen Akzeptanz für den Verbraucher angemessen ist;
2. ihre Wiederverwendung oder Verwertung möglich ist und die Umweltauswirkungen bei der Verwertung oder Beseitigung von Verpackungsabfällen auf ein Mindestmaß beschränkt sind;
3. schädliche und gefährliche Stoffe und Materialien bei der Beseitigung von Verpackungen oder Verpackungsbestandteilen in Emissionen, Asche oder Sickerwasser auf ein Mindestmaß beschränkt sind.

§ 13

Konzentration von Schwermetallen

(1) Verpackungen oder Verpackungsbestandteile dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn die Konzentrati-

on von Blei, Cadmium, Quecksilber und Chrom VI kumulativ folgende Werte nicht überschreitet:

- 600 ppm nach dem 30. Juni 1998,
- 250 ppm nach dem 30. Juni 1999,
- 100 ppm nach dem 30. Juni 2001.

(2) Absatz 1 gilt nicht für

1. Verpackungen, die vollständig aus Bleikristallglas hergestellt sind,
2. Verpackungen in eingerichteten Systemen zur Wiederverwendung,
3. Verpackungen zur Wiederverwendung, die aus Rohstoffen, die die in Absatz 1 genannten Grenzwerte einhalten, und aus Mehrwegverpackungen hergestellt sind.

(3) Absatz 1, 3. Anstrich gilt nicht für Verpackungen aus sonstigem Glas.

§ 14

Kennzeichnung

Verpackungen können zur Identifizierung des Materials mit den im Anhang II festgelegten Nummern und Abkürzungen gekennzeichnet werden. Die Verwendung anderer Nummern und Abkürzungen zur Identifizierung der gleichen Materialien ist nicht zulässig.

Abschnitt IV

Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 15

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 61 Abs. 1 Nr. 5 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Satz 10, dieser auch in Verbindung mit § 6 Abs. 2 Satz 4, Verpackungen nach Gebrauch nicht zurücknimmt oder einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung nicht zuführt,
2. entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 Umverpackungen nicht entfernt und dem Endverbraucher Gelegenheit zum Entfernen oder zur Rückgabe von Umverpackungen nicht gibt,
3. entgegen § 5 Abs. 2 oder § 6 Abs. 1 Satz 3 oder 7 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig gibt,
4. entgegen § 5 Abs. 3 Satz 1 Sammelgefäße nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt,
5. entgegen § 5 Abs. 3 Satz 3 Umverpackungen einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung nicht zuführt,
6. entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1 Verkaufsverpackungen nicht zurücknimmt oder einer Verwertung nicht zuführt,
7. entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, jeweils in Verbindung mit Nummer 2 Abs. 1 Satz 5 oder 6 des Anhangs I, Nummer 2 Abs. 1 Satz 5 auch in Verbin-

dung mit Nummer 2 Abs. 2 des Anhangs I, eine Dokumentation oder ein Konzept nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt oder eine Dokumentation durch einen Prüfbericht nicht oder nicht rechtzeitig bestätigt,

8. entgegen § 6 Abs. 1 Satz 6 oder 9, auch in Verbindung mit Abs. 2 Satz 4, die Rücknahme nicht gewährleistet oder nicht sicherstellt,
9. entgegen § 6 Abs. 3 Satz 3 einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erbringt,
10. entgegen § 6 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 3 Abs. 1 oder 2 des Anhangs I die Erfassung beim privaten Endverbraucher nicht durch geeignete Sammelsysteme sicherstellt oder eine Erfassung an typischen Anfallstellen des Freizeitbereichs nicht sicherstellt,
11. entgegen § 6 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 3 Abs. 3 Nr. 3 des Anhangs I die Kosten für Erfassung, Sortierung sowie Verwertung oder Beseitigung für die einzelnen Verpackungsmaterialien nicht offenlegt,
12. entgegen § 6 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 3 Abs. 4 des Anhangs I einen Nachweis nicht, nicht fristgerecht oder nicht in der geforderten Art und Weise erbringt,
13. entgegen § 6 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Nummer 4 Abs. 3 des Anhangs I gegenüber der Antragsbehörde den entsprechenden Nachweis nicht, nicht fristgerecht oder nicht ordnungsgemäß führt,
14. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 nicht dafür sorgt, daß Verpackungen zurückgegeben werden können,
15. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig gibt,
16. entgegen § 7 Abs. 2 zurückgenommene Verpackungen einer erneuten Verwendung oder einer Verwertung nicht zuführt,
17. entgegen § 8 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 2, ein Pfand nicht erhebt oder nicht erstattet,
18. entgegen § 13 Abs. 1 Verpackungen oder Verpackungsbestandteile in Verkehr bringt oder
19. entgegen § 14 Satz 2 andere Nummern oder Abkürzungen verwendet.

§ 16

Übergangsvorschriften

(1) § 6 findet für Verpackungen von Füllgütern, die nach der Gefahrstoffverordnung zu kennzeichnen sind und nicht dem § 7 unterliegen, bis zum 31. Dezember 1999 keine Anwendung. Satz 1 gilt nicht, soweit die Verpackungen bei privaten Endverbrauchern anfallen. § 4 findet für Verpackungen, die mit Resten oder Anhaftungen von schadstoffhaltigen Füllgütern behaftet sind, bis zum 31. Dezember 1999 keine Anwendung.

(2) Soweit die Feststellung eines Systems ausschließlich für Kunststoffverpackungen, die überwiegend aus biologisch abbaubaren Werkstoffen auf der Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellt sind und deren sämtliche Bestandteile kompostierbar sind, beantragt wird, kann die zuständige Behörde eine Feststellung nach § 6 Abs. 3 Satz 11 bis zum 30. Juni 2002 unabhängig von

der Anforderung der Flächendeckung treffen, wenn der Systembetreiber geeignete Maßnahmen ergriffen hat, damit ein möglichst hoher Anteil der in das System eingebrachten Verpackungen einer Kompostierung zugeführt wird.

(3) Verpackungen, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung für eine Ware verwendet wurden, dürfen abweichend von den §§ 13 und 14 in Verkehr gebracht werden. Verpackungen, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung hergestellt wurden, dürfen abweichend von den Vorschrif-

ten der §§ 13 und 14 bis zum 31. Dezember 2000 in Verkehr gebracht werden.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 15 Nr. 14 bis 16 am Tage nach der Verkündung in Kraft. § 15 Nr. 14 bis 16 tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verpackungsverordnung vom 12. Juni 1991 (BGBl. I S. 1234) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 21. August 1998

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Angela Merkel

1. Anforderungen an die Verwertung von Verkaufsverpackungen

(1) Zur Rücknahme von Verpackungen gemäß § 6 Abs. 1 und 2 verpflichtete Hersteller und Vertreiber haben hinsichtlich der von ihnen im Kalenderjahr in Verkehr gebrachten Verpackungen die in den Absätzen 2 bis 5 enthaltenen Anforderungen an die Verwertung zu erfüllen. Antragsteller nach § 6 Abs. 3 haben hinsichtlich der Verpackungen, für die sich Hersteller oder Vertreiber an ihrem System beteiligen, die in den Absätzen 2, 4 und 5 enthaltenen Anforderungen an die Verwertung zu erfüllen.

(2) Im Jahresmittel müssen mindestens folgende Mengen an Verpackungen in Masseprozent einer stofflichen Verwertung zugeführt werden:

Material	ab 1. Januar 1996	ab 1. Januar 1999
Glas	70 %	75 %
Weißblech	70 %	70 %
Aluminium	50 %	60 %
Papier, Pappe, Karton	60 %	70 %
Verbunde	50 %	60 %

Soweit Verbunde einem eigenen Verwertungsweg zugeführt werden, ist ein eigenständiger Nachweis der Quote nach Satz 1 zulässig. Für Verbunde, die in einem Strom eines der vorgenannten Hauptmaterialien erfaßt und einer Verwertung zugeführt werden, ist die Quote nach Satz 1 durch geeignete Stichprobenerhebungen nachzuweisen. Es ist sicherzustellen, daß Verbunde mit der Hauptmaterialkomponente stofflich verwertet werden, soweit nicht die stoffliche Verwertung einer anderen Materialkomponente den Zielen der Kreislaufwirtschaft näherkommt, und im übrigen verwertet werden.

Kunststoffverpackungen müssen mindestens in folgenden Mengen einer Verwertung zugeführt werden:

ab 1. Januar 1996: 50 %	ab 1. Januar 1999: 60 %
-------------------------	-------------------------

Dabei sind mindestens 60 vom Hundert dieser Verwertungsquote durch Verfahren sicherzustellen, bei denen stoffgleiches Neumaterial ersetzt wird oder der Kunststoff für eine weitere stoffliche Nutzung verfügbar bleibt (werkstoffliche Verfahren). Die Bundesregierung wird diese Anforderung an die Kunststoffverwertung bis zum 1. Januar 2000 im Lichte gewonnener Erkenntnisse überprüfen.

Soweit Kunststoffverpackungen, die überwiegend aus biologisch abbaubaren Werkstoffen auf der Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellt sind und deren sämtliche Bestandteile kompostierbar sind, in einem eigenständigen System erfaßt werden, sind ab Juli 2002 mindestens 60 vom Hundert einer Kompostierung zuzuführen.

(3) Für gemäß § 6 Abs. 1 und 2 verpflichtete Hersteller und Vertreiber gelten die Anforderungen nach Absatz 2 erst ab dem Jahre 1998. In den Jahren 1998 und 1999 gelten die Anforderungen des Absatzes 2 als erfüllt, wenn mindestens 50 vom Hundert der jeweiligen Quoten erreicht werden.

(4) Verpackungen aus Materialien, für die keine konkreten Verwertungsquoten vorgegeben sind, sind einer stofflichen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Bei Verpackungen, die unmittelbar aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt sind, ist die energetische Verwertung der stofflichen Verwertung gleichgestellt.

(5) Die tatsächlich erfaßte Menge an Verpackungen ist unbeschadet des Absatzes 2 einer Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Ansonsten sind sie nach den Grundsätzen der gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung gemäß §§ 10 und 11 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes zu beseitigen; dabei sind sie den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu überlassen, soweit sie nicht in eigenen Anlagen beseitigt werden oder überwiegende öffentliche Interessen eine Überlassung erfordern.

2. Allgemeine Anforderungen an Verpflichtete nach § 6 Abs. 1 und 2

(1) Zur Rücknahme von Verpackungen gemäß § 6 Abs. 1 und 2 verpflichtete Hersteller und Vertreiber haben über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen Nachweis zu führen. Hierzu sind bis zum 1. Mai eines Jahres die im vorangegangenen Kalenderjahr in Verkehr gebrachten sowie zurückgenommenen und verwerteten Verkaufsverpackungen in nachprüfbarer Weise zu dokumentieren. Die Dokumentation ist in Masse, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Verpackungsmaterialien, zu erstellen. Mehrwegverpackungen sind in die Dokumentation nicht aufzunehmen. Ein Zusammenwirken mehrerer Hersteller und Vertreiber ist zulässig. Die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen ist durch einen unabhängigen Sachverständigen nach Absatz 2 auf der Grundlage der Dokumentation zu bescheinigen. Die Bescheinigung ist von den verpflichteten Herstellern und Vertreibern bei der nach § 32 Abs. 2 des Umweltauditgesetzes errichteten Stelle zu hinterlegen. Die Bescheinigung ist der Behörde, auf deren Gebiet der Hersteller oder Vertreiber ansässig ist, auf Verlangen vorzulegen. Zur Rücknahme von Verpackungen gemäß § 6 Abs. 1 verpflichtete Vertreiber mit einer Verkaufsfläche von weniger als 200 m² können auf die Bescheinigung der vorgelegten Vertreiberstufe verweisen. Als Verkaufsfläche zählt bei Herstellern und Vertreibern mit mehreren Filialbetrieben die Gesamtfläche aller Betriebe.

(2) Unabhängiger Sachverständiger nach Absatz 1 ist

1. wessen Befähigung durch ein Mitglied des Deutschen Akkreditierungsrates in einem allgemein anerkannten Verfahren festgestellt ist,
2. ein unabhängiger Umweltgutachter gemäß § 9 oder eine Umweltgutachterorganisation gemäß § 10 des Umweltauditgesetzes oder
3. wer nach § 36 der Gewerbeordnung öffentlich bestellt ist.

3. Allgemeine Anforderungen an Systeme nach § 6 Abs. 3

(1) Es ist mit Systemen nach § 6 Abs. 3 sicherzustellen, daß Verpackungen beim privaten Endverbraucher (Holsysteme) oder in dessen Nähe durch geeignete Sammelsysteme (Bringsysteme) oder durch eine Kombination beider Systeme erfaßt werden. Die Sammelsysteme müssen geeignet sein, alle am System beteiligten Verpackungen regelmäßig zu erfassen. Die Erfassung ist auf private Endverbraucher zu beschränken.

(2) Es ist mit Systemen nach § 6 Abs. 3 ferner sicherzustellen, daß eine Erfassung der Verpackungen auch an typischen Anfallstellen des Freizeitbereichs erfolgt. Typische Anfallstellen sind insbesondere Ferienanlagen, Freizeitparks, Sportstadien, Raststätten und vergleichbare Einrichtungen.

(3) Der Antragsteller hat sicherzustellen, daß

1. für die in das System aufgenommenen Verpackungen Verwertungskapazitäten tatsächlich vorhanden sind,
2. Entsorgungsleistungen (Erfassung, Sortierung, Verwertung) in einem Verfahren, das eine Vergabe im Wettbewerb sichert, ausgeschrieben werden,
3. die Kosten für Erfassung, Sortierung sowie Verwertung oder Beseitigung für die einzelnen Verpackungsmaterialien offengelegt werden,
4. die zur Verwertung bestimmten Verpackungen unter Wettbewerbsbedingungen abgegeben werden,
5. die nach Nummer 4 dieses Anhangs geforderten Nachweise über die Beteiligung am jeweiligen System vorgelegt werden,
6. die nach Nummer 1 dieses Anhangs festgelegten Anforderungen an die Wertstoffverwertung nachgewiesen werden und
7. im Falle der Einstellung des Systembetriebs die Entsorgung der in den Sammeleinrichtungen des Systems tatsächlich erfaßten Verpackungen gewährleistet wird.

(4) Der Antragsteller hat in überprüfbarer Form Nachweise über die erfaßten und die einer stofflichen und einer energetischen Verwertung zugeführten Mengen zu erbringen. Dabei ist in nachprüfbarer Weise darzustellen, welche Mengen in den einzelnen Ländern erfaßt wurden. Der Nachweis ist jeweils zum 1. Mai des darauffolgenden Jahres auf der Grundlage der vom Antragsteller nachgewiesenen Menge an Verpackungen, die in das System eingebracht sind, aufgeschlüsselt nach Verpackungsmaterialien zu erbringen. Auf Verlangen der Antragsbehörde ist der Nachweis durch einen Prüfbericht eines unabhängigen Sachverständigen zu bestätigen. Die Antragsbehörde kann auf Kosten des Antragstellers eine Überprüfung der Verwertungsnachweise selbst oder durch eine geeignete Einrichtung vornehmen.

(5) Der Systembetreiber kann Herstellern und Vertreibern, die sich an dem System nicht beteiligen, die Kosten für die Sortierung, Verwertung oder Beseitigung der von diesen in Verkehr gebrachten und vom System entsorgten Verpackungen in Rechnung stellen.

4. Beteiligung an Systemen nach § 6 Abs. 3

(1) Verpackungen von Füllgütern im Sinne von § 7 dürfen in Systeme nach § 6 Abs. 3 grundsätzlich nicht aufgenommen werden. Der Antragsteller kann solche Verpackungen in sein System aufnehmen, wenn Hersteller oder Vertreter durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen unter Berücksichtigung des gewöhnlichen Verbraucherverhaltens die Systemverträglichkeit glaubhaft machen. Verpackungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in ein System nach § 6 Abs. 3 aufgenommen sind, dürfen in dem System verbleiben, wenn Hersteller oder Vertreter bis spätestens zum 1. Januar 2000 die Systemverträglichkeit glaubhaft machen.

(2) Der Träger des Systems hat den beteiligten Herstellern und Vertreibern die Beteiligung am System zu bestätigen. Hersteller und Vertreter haben die Beteiligung durch Kennzeichnung der Verpackung oder andere geeignete Maßnahmen kenntlich zu machen.

(3) Der Antragsteller hat jeweils zum 1. Mai eines Jahres gegenüber der Antragsbehörde Nachweis zu führen, in welchem Umfang Hersteller oder Vertreter im Vorjahr im Geltungsbereich der Verordnung Verkaufsverpackungen in sein System eingebracht haben. Der Nachweis ist aufgeschlüsselt nach Verpackungsmaterialien durch Testat eines Wirtschaftsprüfers zu bestätigen. Als eingebracht gelten sämtliche Verpackungen, für die sich Hersteller oder Vertreter an dem System beteiligen.

(4) Die Antragsbehörde kann auf Kosten des Antragstellers selbst oder durch eine geeignete Einrichtung eine Überprüfung der Nachweise vornehmen. Soweit durch die Aufnahme von Verpackungen in das System Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der Gesundheit und des Wohlbefindens der Menschen, zu besorgen sind, kann die Antragsbehörde verlangen, daß der Antragsteller die Systemverträglichkeit der entsprechenden Verpackung glaubhaft macht. Die Antragsbehörde kann die Aufnahme der Verpackung im Einzelfall untersagen, wenn die Systemverträglichkeit nicht glaubhaft gemacht wird.

Anhang II
(zu § 14)

1. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Kunststoffe

Stoff	Abkürzung	Nummer
Polyethylenterephthalat	PET	1
Polyethylen hoher Dichte	HDPE	2
Polyvinylchlorid	PVC	3
Polyethylen niedriger Dichte	LDPE	4
Polypropylen	PP	5
Polystyrol	PS	6
		7
		8
		9
		10
		11
		12
		13
		14
		15
		16
		17
		18
		19

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

2. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Papier und Pappe

Stoff	Abkürzung	Nummer
Wellpappe	PAP	20
Sonstige Pappe	PAP	21
Papier	PAP	22
		23
		24
		25
		26
		27
		28
		29
		30
		31
		32
		33
		34
		35
		36
		37
		38
		39

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

3. Nummern und Abkürzungen für Metalle

Stoff	Abkürzung	Nummer
Stahl	FE	40
	Aluminium	ALU
42		
43		
44		
45		
46		
47		
48		
		49

4. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Holzmaterialien

Stoff	Abkürzung	Nummer
Holz	FOR	50
	Kork	FOR
52		
53		
54		
55		
56		
57		
58		
59		

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

5. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Textilien

Stoff	Abkürzung	Nummer
Baumwolle	TEX	60
	Jute	TEX
62		
63		
64		
65		
66		
67		
68		
69		

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

6. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Glas

Stoff	Abkürzung	Nummer	
Farbloses Glas	GL	70	
	Grünes Glas	GL	71
Braunes Glas		GL	72
		73	
		74	
		75	
		76	
		77	
		78	
			79

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

7. Nummern und Abkürzungen¹⁾ für Verbundstoffe

Stoff	Abkürzung*)	Nummer
Papier und Pappe/verschiedene Metalle		80
Papier und Pappe/Kunststoff		81
Papier und Pappe/Aluminium		82
Papier und Pappe/Weißblech		83
Papier und Pappe/Kunststoff/Aluminium		84
Papier und Pappe/Kunststoff/Aluminium/Weißblech		85
		86
		87
		88
		89
Kunststoff/Aluminium		90
Kunststoff/Weißblech		91
Kunststoff/verschiedene Metalle		92
		93
		94
Glas/Kunststoff		95
Glas/Aluminium		96
Glas/Weißblech		97
Glas/verschiedene Metalle		98
		99

*) Bei Verbundstoffen C plus Abkürzung des Hauptbestandteils angeben (C/).

¹⁾ Nur Großbuchstaben verwenden.

**Verordnung
über die Zuweisung von Aufgaben und Befugnissen einer
Entschädigungseinrichtung an die Entschädigungseinrichtung
des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH**

Vom 24. August 1998

Auf Grund des § 7 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes vom 16. Juli 1998 (BGBl. I S. 1842) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

§ 1

Der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH werden die Aufgaben und Befugnisse einer Entschädigungseinrichtung für die in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes genannten öffentlich-rechtlichen Institute zugewiesen.

§ 2

Die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH hat dem Bundesministerium der Finanzen Änderungen des Gesellschaftsvertrags zur Genehmigung vorzulegen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. August 1998

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

**Verordnung
über die Zuweisung von Aufgaben
und Befugnissen einer Entschädigungseinrichtung an
die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH**

Vom 24. August 1998

Auf Grund des § 7 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes vom 16. Juli 1998 (BGBl. I S. 1842) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

§ 1

Der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH werden die Aufgaben und Befugnisse einer Entschädigungseinrichtung für die in § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes genannten privatrechtlichen Institute zugewiesen.

§ 2

Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH hat dem Bundesministerium der Finanzen Änderungen des Gesellschaftsvertrags zur Genehmigung vorzulegen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. August 1998

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Zweite Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Vom 25. August 1998

Auf Grund des § 55 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 1997 (BGBl. I S. 1065, 2032) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Anlage 1 der Auslandszuschlagsverordnung vom 18. März 1997 (BGBl. I S. 523, 1061), geändert durch Verordnung vom 25. Juli 1997 (BGBl. I S. 1921), wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt I. Europa wird bei den Dienstorten
 - a) Armenien/Eriwan, 10 (zehn), in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 12. 1999“,
 - b) Aserbaidschan/Baku, 10 (zehn), in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 12. 1998“,
 - c) Bosnien-Herzegowina/Sarajewo, 8 (acht), in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 12. 2001“,
 - d) Georgien/Tiflis, 10 (zehn), in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 8. 1998“,
 - e) Rußland/Nowosibirsk, 10 (zehn), in der Spalte Befristung die Befristung „bis bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 12. 2000“,
 - f) Slowenien/Laibach, 4 (vier), in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1998“ durch die Befristung „bis 31. 12. 2000“,

ersetzt.

2. In Abschnitt II. Afrika wird bei dem Dienstort Algerien/Algier in der Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 12. 1997“ durch die Befristung „bis 31. 8. 1998“ ersetzt.
3. In Abschnitt IV. Asien wird bei den Dienstorten
 - a) Libanon/Beirut, 8 (acht), in die Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 8. 1998“,
 - b) Vereinigte Arabische Emirate/Dubai, 10 (zehn), in die Spalte Befristung die Befristung „bis 31. 8. 1998“
 eingefügt.
4. Die Befristungen
 - a) in Abschnitt I. Europa bei den Dienstorten „Kroatien/Zagreb“, „Moldau/Chisinau“, „Rumänien/Hermannstadt, Temesburg“,
 - b) in Abschnitt II. Afrika in Spalte „Algerien/Algier“,
 - c) in Abschnitt III. Amerika in Spalte „Haiti/Port-au-Prince“,
 - d) in Abschnitt IV. Asien in Spalte „China/Kanton“, „Indien/Madras“, „Libanon/Beirut“
 werden gestrichen.
5. Die Anlage 1 wird wie aus der Anlage ersichtlich gefaßt.

Artikel 2

Artikel 1 Nr. 1 bis 3 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1998 in Kraft. Im übrigen tritt diese Verordnung am 1. September 1998 in Kraft.

Bonn, den 25. August 1998

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Anlage 1
(zu § 1)**Allgemeine Zuteilung der Dienstorte**

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
Abschnitt I. Europa				
1	Albanien	Tirana	8 (acht)	
2	Belgien	Brüssel	2 (zwei)	
3	Bosnien und Herzegowina	Sarajewo	8 (acht)	bis 31. 12. 2001
4	Bulgarien	Sofia	6 (sechs)	
5	Dänemark	Kopenhagen	2 (zwei)	
		Apenrade	1 (eins)	
6	Estland	Tallinn	7 (sieben)	
7	Finnland	Helsinki	4 (vier)	
8	Frankreich	Paris	3 (drei)	
		Bordeaux	3 (drei)	
		Lyon	2 (zwei)	
		Marseille	3 (drei)	
		Straßburg	1 (eins)	
9	Griechenland	Athen	5 (fünf)	
		Saloniki	4 (vier)	
10	Irland	Dublin	3 (drei)	
11	Island	Reykjavik	6 (sechs)	
12	Italien	Rom	3 (drei)	
		Genua	3 (drei)	
		Mailand	3 (drei)	
		Neapel	4 (vier)	
13	Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/Montenegro)	Belgrad	6 (sechs)	bis 31. 12. 1999
14	Kroatien	Zagreb	4 (vier)	
15	Lettland	Riga	7 (sieben)	
16	Litauen	Wilna	7 (sieben)	
17	Luxemburg	Luxemburg	1 (eins)	
18	Malta	Valetta	4 (vier)	
19	Mazedonien	Skopje	5 (fünf)	
20	Moldau	Chisinau	9 (neun)	
21	Niederlande	Den Haag	2 (zwei)	
		Amsterdam	2 (zwei)	
22	Norwegen	Oslo	3 (drei)	
23	Österreich	Wien	2 (zwei)	
		Innsbruck	1 (eins)	
24	Polen	Warschau	5 (fünf)	
		Breslau	5 (fünf)	
		Oppeln	5 (fünf)	
		Danzig	5 (fünf)	
		Krakau	5 (fünf)	
		Stettin	4 (vier)	

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
25	Portugal	Lissabon	4 (vier)	
		Porto	4 (vier)	
26	Rumänien	Bukarest	6 (sechs)	
		Hermannstadt	7 (sieben)	
		Temesvar	7 (sieben)	
27	Rußland	Moskau	7 (sieben)	
		Nowosibirsk	10 (zehn)	bis 31. 12. 2000
		Sankt Petersburg	7 (sieben)	
		Saratow	9 (neun)	
28	Schweden	Stockholm	3 (drei)	
29	Schweiz	Bern	2 (zwei)	
		Genf	2 (zwei)	
		Zürich	1 (eins)	
30	Slowakische Republik	Preßburg	4 (vier)	
31	Slowenien	Laibach	4 (vier)	bis 31. 12. 2000
			3 (drei)	
32	Spanien	Madrid	4 (vier)	
		Las Palmas de Gran Canaria	4 (vier)	
		Santa Cruz de Tenerife	4 (vier)	
		Barcelona	4 (vier)	
		Palma de Mallorca	4 (vier)	
		Sevilla	4 (vier)	
33	Tschechische Republik	Prag	4 (vier)	
34	Türkei	Ankara	7 (sieben)	
		Istanbul	5 (fünf)	
		Izmir	5 (fünf)	
35	Ukraine	Kiew	9 (neun)	
36	Ungarn	Budapest	4 (vier)	
37	Vereinigtes Königreich	London	3 (drei)	
		Edinburgh	3 (drei)	
		Manchester	3 (drei)	
38	Weißrußland	Minsk	9 (neun)	
39	Zypern	Nikosia	5 (fünf)	

Abschnitt II. Afrika

1	Ägypten	Kairo	8 (acht)	
		Alexandria	7 (sieben)	
2	Äthiopien	Addis Abeba	10 (zehn)	
3	Algerien	Algier	9 (neun)	
4	Angola	Luanda	12 (zwölf)	
5	Benin	Cotonou	11 (elf)	
6	Botsuana	Gabarone	8 (acht)	
7	Burkina Faso	Ouagadougou	12 (zwölf)	
8	Burundi	Bujumbura	10 (zehn)	
9	Côte d'Ivoire	Abidjan	9 (neun)	
10	Demokrat. Republik Kongo	Kinshasa	11 (elf)	
11	Dschibuti	Dschibuti	12 (zwölf)	

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
12	Eritrea	Asmara	11 (elf)	
13	Gabun	Libreville	10 (zehn)	
14	Ghana	Accra	11 (elf)	
15	Guinea	Conakry	12 (zwölf)	
16	Kamerun	Jaunde	10 (zehn)	
17	Kap Verde	Praia	9 (neun)	
18	Kenia	Nairobi	7 (sieben)	
19	Kongo	Brazzaville	11 (elf)	
20	Liberia	Monrovia	10 (zehn)	
21	Libyen	Tripolis	10 (zehn)	
22	Madagaskar	Antananarivo	8 (acht)	
23	Malawi	Lilongwe	7 (sieben)	
24	Mali	Bamako	12 (zwölf)	
25	Marokko	Rabat	5 (fünf)	
		Casablanca	5 (fünf)	
		Tanger	5 (fünf)	
26	Mauretanien	Nouakchott	12 (zwölf)	
27	Mosambik	Maputo	10 (zehn)	
28	Namibia	Windhuk	6 (sechs)	
29	Niger	Niamey	12 (zwölf)	
30	Nigeria	Lagos	12 (zwölf)	
		Abuja	12 (zwölf)	
31	Ruanda	Kigali	10 (zehn)	
32	Sambia	Lusaka	8 (acht)	
33	Senegal	Dakar	8 (acht)	
34	Sierra Leone	Freetown	11 (elf)	
35	Simbabwe	Harare	6 (sechs)	
36	Somalia	Mogadischu	12 (zwölf)	
37	Sudan	Khartum	12 (zwölf)	
38	Südafrika	Pretoria	6 (sechs)	
		Kapstadt	5 (fünf)	
39	Tansania	Daressalam	9 (neun)	
40	Togo	Lomé	10 (zehn)	
41	Tschad	N'Djamena	12 (zwölf)	
42	Tunesien	Tunis	5 (fünf)	
43	Uganda	Kampala	10 (zehn)	
44	Zentralafrikanische Republik	Bangui	12 (zwölf)	

Abschnitt III. Amerika

1	Argentinien	Buenos Aires	6 (sechs)
2	Bolivien	La Paz	9 (neun)
3	Brasilien	Brasilia	8 (acht)
		Rio de Janeiro	8 (acht)
		Curitiba	6 (sechs)
		Porto Alegre	6 (sechs)
		Recife	9 (neun)
		Sao Paulo	8 (acht)

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
4	Chile	Santiago de Chile	6 (sechs)	
5	Costa Rica	San José	7 (sieben)	
6	Dominikanische Republik	Santo Domingo	8 (acht)	
7	Ecuador	Quito	7 (sieben)	
8	El Salvador	San Salvador	9 (neun)	
9	Guatemala	Guatemala City	9 (neun)	
10	Haiti	Port-au-Prince	10 (zehn)	
11	Honduras	Tegucigalpa	9 (neun)	
12	Jamaika	Kingston	8 (acht)	
13	Kanada	Ottawa	5 (fünf)	
		Montreal	5 (fünf)	
		Toronto	5 (fünf)	
		Vancouver	5 (fünf)	
14	Kolumbien	Bogota	9 (neun)	
15	Kuba	Havanna	8 (acht)	
16	Mexiko	Mexiko City	8 (acht)	
17	Nicaragua	Managua	10 (zehn)	
18	Panama	Panama	8 (acht)	
19	Paraguay	Asuncion	8 (acht)	
20	Peru	Lima	9 (neun)	
21	Trinidad u. Tobago	Port of Spain	8 (acht)	
22	Uruguay	Montevideo	6 (sechs)	
23	Venezuela	Caracas	7 (sieben)	
24	Vereinigte Staaten	Washington	5 (fünf)	
		Atlanta	5 (fünf)	
		Boston	5 (fünf)	
		New York	6 (sechs)	
		Chicago	5 (fünf)	
		Detroit	5 (fünf)	
		Houston	6 (sechs)	
		Los Angeles	5 (fünf)	
		San Francisco	5 (fünf)	
		Seattle	5 (fünf)	
		Miami	6 (sechs)	

Abschnitt IV. Asien

1	Afghanistan	Kabul	10 (zehn)	
2	Armenien	Eriwan	10 (zehn)	bis 31. 12. 1999
			9 (neun)	
3	Aserbeidschan	Baku	10 (zehn)	bis 31. 12. 1998
			9 (neun)	
4	Bahrein	Manama	9 (neun)	
5	Bangladesch	Dhaka	12 (zwölf)	
6	Brunei	Bandar S. Begawan	8 (acht)	
7	China	Peking	10 (zehn)	
		Shanghai	10 (zehn)	
		Kanton	9 (neun)	
		Hongkong	7 (sieben)	

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
8	Demokratische Volksrepublik Korea	Pjöngjang	12 (zwölf)	
9	Georgien	Tiflis	9 (neun)	
10	Indien	New Delhi	9 (neun)	
		Mumbai (Bombay)	10 (zehn)	
		Kalkutta	12 (zwölf)	
		Chennai (Madras)	10 (zehn)	
11	Indonesien	Jakarta	10 (zehn)	
12	Irak	Bagdad	10 (zehn)	
13	Iran	Teheran	9 (neun)	
14	Israel	Tel Aviv	6 (sechs)	
15	Japan	Tokyo	8 (acht)	
		Osaka-Kobe	8 (acht)	
16	Jemen	Sanaa	11 (elf)	
		Aden	12 (zwölf)	
17	Jordanien	Amman	7 (sieben)	
18	Kambodscha	Phom Penh	11 (elf)	
19	Kasachstan	Almaty	9 (neun)	
20	Katar	Doha	10 (zehn)	
21	Kirgisistan	Bischkek	10 (zehn)	
22	Korea	Seoul	8 (acht)	
23	Kuweit	Kuweit	9 (neun)	
24	Laos	Vientiane	11 (elf)	
25	Libanon	Beirut	8 (acht)	
26	Malaysia	Kuala Lumpur	7 (sieben)	
27	Mongolei	Ulan Bator	12 (zwölf)	
28	Myanmar	Yangon	11 (elf)	
29	Nepal	Kathmandu	9 (neun)	
30	Oman	Maskat	10 (zehn)	
31	Pakistan	Islamabad	8 (acht)	
		Karachi	10 (zehn)	
32	Philippinen	Manila	9 (neun)	
33	Saudi Arabien	Riad	11 (elf)	
		Djidda	11 (elf)	
34	Singapur	Singapur	7 (sieben)	
35	Sri Lanka	Colombo	9 (neun)	
36	Syrien	Damaskus	7 (sieben)	
37	Tadschikistan	Duschanbe	12 (zwölf)	bis 31. 12. 1999
38	Thailand	Bangkok	9 (neun)	
39	Turkmenistan	Aschgabad	11 (elf)	
40	Usbekistan	Taschkent	10 (zehn)	
41	Vereinigte Arabische Emirate	Abu Dhabi	9 (neun)	
		Dubai	9 (neun)	
42	Vietnam	Hanoi	12 (zwölf)	
		Ho-Chi-Minh-Stadt	10 (zehn)	

lfd. Nr.	Land	Dienstort	Stufe des Auslandszuschlags	Befristung
Abschnitt V. Australien und Neuseeland				
1	Australien	Canberra	5 (fünf)	
		Sydney	5 (fünf)	
		Melbourne	5 (fünf)	
2	Neuseeland	Wellington	5 (fünf)	
3	Papua-Neuguinea	Port Moresby	10 (zehn)	
	Palästinensisches Autonomiegebiet	Ramallah	7 (sieben)	

Bekanntmachung
nach Artikel 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und
-versorgungsanpassungsgesetzes 1998 und nach § 2 Abs. 1
und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung

Vom 18. August 1998

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) und des § 13 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764), die zuletzt durch Artikel 3 des eingangs genannten Gesetzes geändert worden ist, werden bekanntgemacht

1. in den Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 die sich nach Artikel 1, Artikel 2 Abs. 1 Nr. 4 und Artikel 2 Abs. 2 des eingangs genannten Gesetzes zum 1. Januar 1998 ergebenden Anlagen IV bis VII, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes,
2. in den Anlagen 6 bis 9 und 10 bis 13 die sich vom 1. Januar bis 31. August 1998 bzw. ab 1. September 1998 nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der eingangs genannten Verordnung auf der Grundlage der Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes ergebenden Dienst- und Anwärterbezüge.

Bonn, den 18. August 1998

Der Bundesminister des Innern
Kanter

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)													
	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 1	2 444,66	2 507,43	2 570,20	2 632,97	2 695,75	2 758,52	2 821,28							
A 2	2 578,95	2 641,24	2 703,52	2 765,81	2 828,10	2 890,40	2 952,68							
A 3	2 686,52	2 752,80	2 819,08	2 885,35	2 951,63	3 017,91	3 084,19							
A 4	2 747,55	2 825,59	2 903,61	2 981,64	3 059,68	3 137,70	3 215,73							
A 5	2 769,75	2 869,65	2 947,29	3 024,91	3 102,54	3 180,17	3 257,79	3 335,42						
A 6	2 835,32	2 920,56	3 005,80	3 091,03	3 176,27	3 261,51	3 346,75	3 431,98	3 517,22					
A 7	2 959,94	3 036,55	3 143,80	3 251,06	3 358,30	3 465,56	3 572,80	3 649,41	3 726,02	3 802,64				
A 8		3 145,37	3 237,01	3 374,46	3 511,90	3 649,35	3 786,80	3 878,44	3 970,07	4 061,71	4 153,33			
A 9		3 351,14	3 441,29	3 587,97	3 734,67	3 881,36	4 028,06	4 128,90	4 229,75	4 330,59	4 431,44			
A 10		3 610,86	3 736,16	3 924,10	4 112,05	4 299,99	4 487,93	4 613,24	4 738,53	4 863,82	4 989,12			
A 11			4 162,37	4 354,96	4 547,53	4 740,12	4 932,70	5 061,09	5 189,48	5 317,87	5 446,27	5 574,65		
A 12			4 476,44	4 706,05	4 935,65	5 165,25	5 394,87	5 547,93	5 701,00	5 854,06	6 007,14	6 160,20		
A 13			5 038,62	5 286,57	5 534,50	5 782,44	6 030,38	6 195,67	6 360,96	6 526,26	6 691,55	6 856,84		
A 14			5 244,04	5 565,56	5 887,07	6 208,59	6 530,10	6 744,45	6 958,80	7 173,15	7 387,49	7 601,84		
A 15						6 827,44	7 180,94	7 463,74	7 746,53	8 029,33	8 312,12	8 594,92		
A 16						7 540,70	7 949,53	8 276,59	8 603,67	8 930,73	9 257,80	9 584,87		

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	8 594,92
B 2	9 998,68
B 3	10 592,93
B 4	11 215,34
B 5	11 929,40
B 6	12 603,73
B 7	13 259,68
B 8	13 943,37
B 9	14 792,26
B 10	17 428,34
B 11	18 915,01

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	175,28	332,77
übrige Besoldungsgruppen	184,08	341,57

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 157,49 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 208,90 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM und
in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 162,97 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 173,00 DM

Anlage 3a

(Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 562	1 842	2 128	2 410	2 696	2 980	3 262	3 548	3 828	4 114	4 397	4 680
A 9	1 835	2 139	2 443	2 748	3 055	3 358	3 664	3 969	4 273	4 577	4 881	5 186
A 10	2 072	2 391	2 706	3 024	3 340	3 658	3 974	4 290	4 605	4 921	5 239	5 555
A 11	2 256	2 587	2 916	3 247	3 577	3 907	4 239	4 568	4 899	5 228	5 559	5 888
A 12	2 511	2 861	3 211	3 561	3 911	4 262	4 612	4 962	5 312	5 663	6 014	6 363
A 13	2 761	3 126	3 488	3 853	4 216	4 580	4 944	5 308	5 673	6 036	6 401	6 764
A 14	3 016	3 393	3 769	4 146	4 523	4 900	5 276	5 652	6 029	6 406	6 782	7 158
A 15	3 369	3 777	4 183	4 590	4 997	5 404	5 810	6 219	6 625	7 033	7 439	7 846
A 16 bis B 2 . .	3 560	3 987	4 415	4 842	5 270	5 697	6 124	6 552	6 979	7 408	7 834	8 261
B 3 und B 4 . .	3 560	4 003	4 450	4 898	5 345	5 793	6 241	6 689	7 136	7 584	8 032	8 479
B 5 bis B 7 . . .	3 922	4 417	4 913	5 409	5 905	6 402	6 897	7 392	7 890	8 385	8 880	9 378
B 8 und höher	4 200	4 760	5 320	5 880	6 440	7 000	7 561	8 121	8 681	9 241	9 801	10 361

Anlage 3b

(Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 327	1 566	1 808	2 049	2 292	2 533	2 773	3 015	3 254	3 497	3 737	3 978
A 9	1 560	1 819	2 076	2 336	2 597	2 855	3 114	3 374	3 632	3 891	4 149	4 407
A 10	1 761	2 033	2 301	2 571	2 840	3 109	3 378	3 647	3 914	4 183	4 453	4 722
A 11	1 918	2 199	2 479	2 760	3 041	3 322	3 603	3 883	4 164	4 444	4 726	5 005
A 12	2 134	2 432	2 729	3 027	3 325	3 623	3 920	4 217	4 516	4 814	5 112	5 409
A 13	2 347	2 657	2 965	3 275	3 584	3 893	4 203	4 511	4 822	5 131	5 440	5 750
A 14	2 564	2 884	3 203	3 525	3 844	4 165	4 484	4 805	5 125	5 445	5 765	6 084
A 15	2 864	3 210	3 555	3 902	4 248	4 593	4 939	5 286	5 632	5 978	6 323	6 670
A 16 bis B 2 . .	3 026	3 389	3 752	4 116	4 479	4 842	5 206	5 569	5 933	6 297	6 659	7 022
B 3 und B 4 . .	3 026	3 403	3 783	4 164	4 543	4 924	5 305	5 685	6 066	6 446	6 826	7 207
B 5 bis B 7 . . .	3 334	3 754	4 176	4 598	5 019	5 441	5 863	6 284	6 706	7 128	7 548	7 971
B 8 und höher	3 570	4 046	4 523	4 999	5 475	5 950	6 426	6 902	7 378	7 854	8 330	8 807

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 094	1 289	1 490	1 687	1 887	2 085	2 284	2 484	2 680	2 880	3 078	3 276
A 9	1 284	1 497	1 710	1 923	2 138	2 351	2 565	2 778	2 991	3 203	3 417	3 630
A 10	1 451	1 674	1 894	2 118	2 338	2 561	2 782	3 003	3 225	3 445	3 667	3 889
A 11	1 579	1 810	2 042	2 273	2 505	2 735	2 966	3 197	3 429	3 659	3 891	4 122
A 12	1 757	2 003	2 247	2 494	2 738	2 983	3 229	3 473	3 719	3 964	4 209	4 455
A 13	1 932	2 187	2 442	2 697	2 952	3 206	3 461	3 716	3 971	4 225	4 481	4 735
A 14	2 112	2 376	2 638	2 902	3 166	3 430	3 693	3 957	4 220	4 484	4 747	5 011
A 15	2 358	2 643	2 928	3 214	3 498	3 784	4 068	4 353	4 638	4 923	5 208	5 492
A 16 bis B 2 . .	2 493	2 791	3 090	3 389	3 689	3 988	4 287	4 586	4 885	5 186	5 484	5 783
B 3 und B 4 . .	2 493	2 801	3 114	3 428	3 741	4 056	4 369	4 681	4 995	5 309	5 622	5 936
B 5 bis B 7 . . .	2 745	3 092	3 439	3 787	4 133	4 481	4 828	5 175	5 523	5 869	6 217	6 565
B 8 und höher	2 940	3 332	3 724	4 116	4 508	4 901	5 293	5 685	6 077	6 469	6 861	7 253

Anlage 3d
(Anlage VIId des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	765	903	1 042	1 181	1 321	1 460	1 598	1 739	1 876	2 016	2 154	2 294
A 9	899	1 048	1 197	1 346	1 497	1 646	1 796	1 945	2 093	2 242	2 392	2 540
A 10	1 016	1 172	1 326	1 482	1 637	1 793	1 948	2 103	2 257	2 411	2 567	2 721
A 11	1 105	1 268	1 429	1 591	1 753	1 915	2 076	2 238	2 400	2 562	2 723	2 885
A 12	1 230	1 402	1 574	1 745	1 917	2 087	2 260	2 432	2 603	2 775	2 947	3 117
A 13	1 353	1 530	1 709	1 888	2 066	2 244	2 423	2 601	2 780	2 958	3 137	3 315
A 14	1 479	1 663	1 847	2 032	2 216	2 401	2 585	2 770	2 954	3 139	3 323	3 508
A 15	1 651	1 850	2 050	2 249	2 448	2 647	2 848	3 048	3 246	3 446	3 645	3 845
A 16 bis B 2 . .	1 745	1 954	2 163	2 372	2 583	2 791	3 001	3 211	3 420	3 630	3 839	4 047
B 3 und B 4 . .	1 745	1 961	2 181	2 400	2 619	2 838	3 059	3 277	3 497	3 716	3 936	4 156
B 5 bis B 7 . . .	1 922	2 164	2 407	2 650	2 894	3 137	3 380	3 623	3 866	4 109	4 352	4 594
B 8 und höher	2 058	2 332	2 607	2 881	3 156	3 430	3 705	3 979	4 254	4 528	4 803	5 077

Anlage 3e

(Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Unterkunft oder Verpflegung –

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	929	1 096	1 266	1 434	1 604	1 772	1 942	2 112	2 278	2 448	2 616	2 785
A 9	1 092	1 273	1 454	1 635	1 818	1 998	2 181	2 361	2 542	2 723	2 904	3 085
A 10	1 233	1 422	1 610	1 800	1 987	2 177	2 364	2 552	2 740	2 928	3 117	3 306
A 11	1 342	1 539	1 736	1 932	2 129	2 325	2 522	2 717	2 914	3 110	3 308	3 504
A 12	1 494	1 702	1 911	2 119	2 327	2 535	2 744	2 952	3 161	3 369	3 577	3 787
A 13	1 643	1 860	2 075	2 293	2 509	2 724	2 942	3 158	3 375	3 592	3 808	4 025
A 14	1 795	2 020	2 242	2 466	2 691	2 915	3 139	3 362	3 587	3 811	4 035	4 260
A 15	2 005	2 246	2 489	2 731	2 974	3 216	3 458	3 700	3 942	4 184	4 427	4 668
A 16 bis B 2 . .	2 119	2 372	2 627	2 881	3 136	3 390	3 644	3 898	4 153	4 407	4 661	4 915
B 3 und B 4 . .	2 119	2 382	2 647	2 914	3 180	3 448	3 714	3 980	4 247	4 512	4 778	5 045
B 5 bis B 7 . . .	2 333	2 628	2 923	3 219	3 513	3 809	4 104	4 399	4 693	4 989	5 284	5 580
B 8 und höher	2 500	2 832	3 166	3 499	3 832	4 166	4 498	4 832	5 164	5 498	5 832	6 165

Anlage 3f

(Anlage VI f des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 729	2 023	2 314	2 608	2 897	3 190	3 482	3 777	4 068	4 359	4 651	4 944
A 9	2 026	2 338	2 654	2 965	3 278	3 591	3 903	4 218	4 531	4 843	5 158	5 471
A 10	2 291	2 617	2 942	3 265	3 590	3 916	4 241	4 565	4 892	5 215	5 540	5 866
A 11	2 494	2 834	3 175	3 516	3 857	4 198	4 538	4 879	5 220	5 561	5 902	6 242
A 12	2 773	3 133	3 492	3 852	4 211	4 571	4 931	5 291	5 650	6 010	6 369	6 729
A 13	3 050	3 425	3 800	4 176	4 552	4 926	5 302	5 678	6 054	6 428	6 804	7 180
A 14	3 330	3 718	4 106	4 494	4 882	5 271	5 659	6 046	6 434	6 822	7 210	7 600
A 15	3 722	4 144	4 566	4 988	5 409	5 832	6 253	6 675	7 097	7 518	7 939	8 362
A 16 bis B 2 . .	3 947	4 389	4 832	5 275	5 715	6 158	6 600	7 043	7 484	7 926	8 369	8 811
B 3 und B 4 . .	3 948	4 413	4 878	5 342	5 806	6 271	6 735	7 200	7 664	8 129	8 594	9 057
B 5 bis B 7 . . .	4 402	4 912	5 423	5 934	6 444	6 955	7 465	7 977	8 486	8 998	9 508	10 020
B 8 und höher	4 748	5 324	5 901	6 479	7 055	7 631	8 209	8 785	9 362	9 940		

Anlage 3g
(Anlage VIg des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 485	1 730	1 979	2 226	2 474	2 723	2 969	3 219	3 468	3 713	3 963	4 207
A 9	1 734	1 998	2 269	2 534	2 799	3 065	3 330	3 595	3 860	4 127	4 393	4 658
A 10	1 962	2 241	2 518	2 797	3 074	3 350	3 628	3 904	4 184	4 460	4 737	5 016
A 11	2 139	2 430	2 719	3 010	3 300	3 591	3 881	4 172	4 461	4 752	5 042	5 332
A 12	2 381	2 685	2 990	3 295	3 601	3 905	4 210	4 516	4 821	5 126	5 430	5 735
A 13	2 620	2 939	3 257	3 575	3 895	4 213	4 532	4 850	5 170	5 488	5 806	6 125
A 14	2 858	3 186	3 516	3 845	4 175	4 503	4 833	5 161	5 491	5 822	6 150	6 480
A 15	3 196	3 554	3 911	4 269	4 627	4 985	5 342	5 699	6 058	6 415	6 773	7 130
A 16 bis B 2 . .	3 391	3 766	4 140	4 516	4 891	5 266	5 640	6 016	6 391	6 766	7 140	7 515
B 3 und B 4 . .	3 399	3 793	4 187	4 581	4 975	5 370	5 764	6 158	6 552	6 947	7 341	7 735
B 5 bis B 7 . . .	3 791	4 224	4 659	5 093	5 527	5 960	6 395	6 828	7 263	7 697	8 131	8 565
B 8 und höher	4 094	4 583	5 074	5 563	6 054	6 543	7 033	7 523	8 012	8 502		

Anlage 3h
(Anlage VIh des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8 . . .	1 243	1 449	1 650	1 855	2 058	2 261	2 464	2 668	2 873	3 076	3 279	3 482
A 9	1 454	1 674	1 894	2 112	2 333	2 553	2 774	2 996	3 217	3 436	3 658	3 879
A 10	1 645	1 871	2 098	2 323	2 549	2 776	3 004	3 231	3 457	3 684	3 909	4 135
A 11	1 791	2 032	2 271	2 511	2 751	2 990	3 231	3 470	3 710	3 949	4 189	4 430
A 12	1 990	2 243	2 497	2 749	3 001	3 253	3 506	3 757	4 011	4 263	4 516	4 767
A 13	2 193	2 452	2 713	2 975	3 236	3 496	3 756	4 018	4 279	4 539	4 801	5 061
A 14	2 394	2 665	2 935	3 204	3 475	3 745	4 016	4 286	4 557	4 827	5 097	5 368
A 15	2 677	2 973	3 268	3 563	3 859	4 155	4 450	4 746	5 041	5 336	5 633	5 928
A 16 bis B 2 . .	2 842	3 152	3 461	3 772	4 081	4 390	4 701	5 010	5 320	5 629	5 940	6 249
B 3 und B 4 . .	2 850	3 175	3 500	3 825	4 150	4 475	4 801	5 125	5 451	5 775	6 101	6 425
B 5 bis B 7 . . .	3 185	3 542	3 898	4 255	4 612	4 968	5 324	5 681	6 037	6 394	6 751	7 107
B 8 und höher	3 445	3 849	4 255	4 660	5 064	5 470	5 875	6 279	6 685	7 091		

Anlage 3i

(Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	225	259	292	324	358	391	424	457	489	524	556	588	225

Anlage 4

(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 328	1 454	346	116
A 5 bis A 8	1 531	1 701	401	116
A 9 bis A 11	1 619	1 815	463	116
A 12	1 855	2 065	488	116
A 13	1 908	2 128	504	116
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungs- ordnungen A und B) oder R 1	1 964	2 198	522	116

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 200,00	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00		
§ 78	bis zu 150,00		
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	100,00	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	150,00	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	70,00	B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	100,00		
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00	Nummer 8 Abs. 1	
Nummer 5a		Die Zulage beträgt	
Abs. 1		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	180,00	A 1 bis A 5	249,12
Buchstabe b	300,00	A 6 bis A 9	342,52
Buchstabe c	430,00	A 10 bis A 13	435,94
Abs. 2		A 14 und höher	529,35
Nr. 1 Buchstabe a	270,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	200,00	des mittleren Dienstes	186,84
Nr. 2 Buchstabe a	200,00	des gehobenen Dienstes	249,12
Buchstabe b	80,00	des höheren Dienstes	311,39
Nr. 3	130,00	Nummer 8a	
Nr. 4 und 5	120,00	Die Zulage beträgt	
Nr. 6 Buchstabe a	200,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	200,00	A 1 bis A 5	137,03
Nr. 7 Buchstabe a	200,00	A 6 bis A 9	186,84
Buchstabe b	80,00	A 10 bis A 13	230,43
Nr. 8 Buchstabe a	250,00	A 14 und höher	274,03
Buchstabe b	130,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 9	120,00	des mittleren Dienstes	99,66
Nummer 6 Abs. 1		des gehobenen Dienstes	130,79
Buchstabe a	900,00	des höheren Dienstes	161,94
Buchstabe b	720,00	Nummer 8b	
Buchstabe c	576,00	Die Zulage beträgt	
Nummer 6a	200,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
		A 1 bis A 5	224,21
		A 6 bis A 9	286,47
		A 10 bis A 13	373,66
		A 14 und höher	460,85
		für Anwärter der Laufbahngruppe	
		des mittleren Dienstes	168,17
		des gehobenen Dienstes	224,21
		des höheren Dienstes	280,25

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8c		Nummer 25	75,00
Die Zulage beträgt für Beamte		Nummer 26 Abs. 1	
des einfachen Dienstes	100,00	Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	150,00	des mittleren Dienstes	33,34
des gehobenen Dienstes	220,00	des gehobenen Dienstes	75,00
des höheren Dienstes	300,00		
Nummer 9		Nummer 27	
Die Zulage beträgt		Abs. 1	
nach einer Dienstzeit		Buchstabe a	
von einem Jahr	124,57	Doppelbuchstabe aa	28,64
von zwei Jahren	249,14	Doppelbuchstabe bb	112,08
Nummer 9a		Buchstabe b	124,54
Abs. 1		Buchstabe c	124,54
Buchstabe a	200,00	Abs. 2	
Buchstabe b	400,00	Buchstabe a	
Buchstabe c	300,00	Doppelbuchstabe bb	83,45
Abs. 2		Buchstaben b und c	124,54
Buchstabe a	80,00	Nummer 30	45,00
Buchstabe b	100,00	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 10 Abs. 1		A 2	1 53,52
Die Zulage beträgt			2 34,67
nach einer Dienstzeit			3 98,68
von einem Jahr	124,57		6 49,85
von zwei Jahren	249,14	A 3	1, 5 98,68
Nummer 11	1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags*)		2 53,52
Nummer 12	186,84	A 4	1, 4 98,68
Nummer 13a	bis zu 150,00		2 53,52
Nummer 19 Satz 1	370,00	A 5	3 53,52
Nummer 21	310,40		4, 6 98,68
Nummer 23		A 6	6 53,52
Abs. 1	20,00	A 7	2 66,43
Abs. 2	45,00		5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
Nummer 24		A 8	2 85,63
Die Zulage beträgt für Beamte		A 9	2, 3, 6 398,34
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	20,00		7 8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungs- gruppe A 12	45,00	A 12	7, 8 231,35
		A 13	6 185,02
			7 277,52
			11, 12, 13 404,81
		A 14	5 277,52
		A 15	7 277,52
		B 10	1, 2 641,34

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		124,54
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	306,86
R 2	3 bis 8, 10	306,86
R 3	3	306,86
R 8	2	613,59

Anlage 6
(Anlage IV des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)													
	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 1	2 077,96	2 131,32	2 184,67	2 238,02	2 291,39	2 344,74	2 398,09							
A 2	2 192,11	2 245,05	2 297,99	2 350,94	2 403,89	2 456,84	2 509,78							
A 3	2 283,54	2 339,88	2 396,22	2 452,55	2 508,89	2 565,22	2 621,56							
A 4	2 335,42	2 401,75	2 468,07	2 534,39	2 600,73	2 667,05	2 733,37							
A 5	2 354,29	2 439,20	2 505,20	2 571,17	2 637,16	2 703,14	2 769,12	2 835,11						
A 6	2 410,02	2 482,48	2 554,93	2 627,38	2 699,83	2 772,28	2 844,74	2 917,18	2 989,64					
A 7	2 515,95	2 581,07	2 672,23	2 763,40	2 854,56	2 945,73	3 036,88	3 102,00	3 167,12	3 232,24				
A 8		2 673,56	2 751,46	2 868,29	2 985,12	3 101,95	3 218,78	3 296,67	3 374,56	3 452,45	3 530,33			
A 9		2 848,47	2 925,10	3 049,77	3 174,47	3 299,16	3 423,85	3 509,57	3 595,29	3 681,00	3 766,72			
A 10		3 069,23	3 175,74	3 335,49	3 495,24	3 654,99	3 814,74	3 921,25	4 027,75	4 134,25	4 240,75			
A 11			3 538,01	3 701,72	3 865,40	4 029,10	4 192,80	4 301,93	4 411,06	4 520,19	4 629,33	4 738,45		
A 12			3 804,97	4 000,14	4 195,30	4 390,46	4 585,64	4 715,74	4 845,85	4 975,95	5 106,07	5 236,17		
A 13			4 282,83	4 493,58	4 704,33	4 915,07	5 125,82	5 266,32	5 406,82	5 547,32	5 687,82	5 828,31		
A 14			4 457,43	4 730,73	5 004,01	5 277,30	5 550,59	5 732,78	5 914,98	6 097,18	6 279,37	6 461,56		
A 15						5 803,32	6 103,80	6 344,18	6 584,55	6 824,93	7 065,30	7 305,68		
A 16						6 409,60	6 757,10	7 035,10	7 313,12	7 591,12	7 869,13	8 147,14		

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	7 305,68
B 2	8 498,88
B 3	9 003,99
B 4	9 533,04
B 5	10 139,99
B 6	10 713,17
B 7	11 270,73
B 8	11 851,86
B 9	12 573,42
B 10	14 814,09
B 11	16 077,76

Anlage 7
(Anlage V des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	149,00	282,87
übrige Besoldungsgruppen	156,48	290,35

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 133,87 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 177,57 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 8,50 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 42,50 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 34,00 DM und

in Besoldungsgruppe A 5 um je 25,50 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 138,52 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 147,05 DM

Anlage 8
(Anlage VIII des BBesG)
Gültig ab 1. Januar 1998

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 129	1 236	294	99
A 5 bis A 8	1 301	1 446	341	99
A 9 bis A 11	1 376	1 543	394	99
A 12	1 577	1 755	415	99
A 13	1 622	1 809	428	99
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungs- ordnungen A und B) oder R 1	1 669	1 868	444	99

Anlage 9

(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1998

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 170,00	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 85,00	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 127,50	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe*)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	212,50	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	85,00	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	127,50	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	59,50	Nummer 8 Abs. 1	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	85,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 1 bis A 5	211,75
und höheren Dienstes	127,50	A 6 bis A 9	291,14
		A 10 bis A 13	370,55
		A 14 und höher	449,95
		für Anwärter der Laufbahngruppe	
		des mittleren Dienstes	158,81
		des gehobenen Dienstes	211,75
		des höheren Dienstes	264,68
Nummer 5a		Nummer 8a	
Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	153,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	255,00	A 1 bis A 5	116,48
Buchstabe c	365,00	A 6 bis A 9	158,81
Abs. 2		A 10 bis A 13	195,87
Nr. 1 Buchstabe a	229,50	A 14 und höher	232,93
Buchstabe b	170,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	170,00	des mittleren Dienstes	84,71
Buchstabe b	68,00	des gehobenen Dienstes	111,17
Nr. 3	110,50	des höheren Dienstes	137,65
Nr. 4 und 5	102,00	Nummer 8b	
Nr. 6 Buchstabe a	170,00	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	170,00	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 7 Buchstabe a	170,00	A 1 bis A 5	190,58
Buchstabe b	68,00	A 6 bis A 9	243,50
Nr. 8 Buchstabe a	212,50	A 10 bis A 13	317,61
Buchstabe b	110,50	A 14 und höher	391,72
Nr. 9	102,00	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nummer 6 Abs. 1		des mittleren Dienstes	142,94
Buchstabe a	765,00	des gehobenen Dienstes	190,58
Buchstabe b	612,00	des höheren Dienstes	238,21
Buchstabe c	489,60		
Nummer 6a	170,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8 c	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des einfachen Dienstes	85,00
des mittleren Dienstes	127,50
des gehobenen Dienstes	187,00
des höheren Dienstes	255,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	105,89
von zwei Jahren	211,78
Nummer 9 a	
Abs. 1	
Buchstabe a	170,00
Buchstabe b	340,00
Buchstabe c	255,00
Abs. 2	
Buchstabe a	68,00
Buchstabe b	85,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	105,89
von zwei Jahren	211,78
Nummer 11	$\frac{1}{12}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags*)
Nummer 12	158,81
Nummer 13 a	bis zu 127,50
Nummer 19 Satz 1	314,50
Nummer 21	263,84
Nummer 23	
Abs. 1	17,00
Abs. 2	38,25
Nummer 24	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	17,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	38,25

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 25	63,75
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	28,34
des gehobenen Dienstes	63,75
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	24,34
Doppelbuchstabe bb	95,27
Buchstabe b	105,86
Buchstabe c	105,86
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	70,93
Buchstaben b und c	105,86
Nummer 30	38,25
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 45,49
	2 29,47
	3 83,88
	6 42,37
A 3	1, 5 83,88
	2 45,49
A 4	1, 4 83,88
	2 45,49
A 5	3 45,49
	4, 6 83,88
A 6	6 45,49
A 7	2 56,47
	5 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2 72,79
A 9	2, 3, 6 338,59
	7 8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8 196,65
A 13	6 157,27
	7 235,89
	11, 12, 13 344,09
A 14	5 235,89
A 15	7 235,89
B 10	1, 2 545,14

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		105,86
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		341,70
der Besoldungsgruppe R 2		382,50
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	173,43

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		63,75
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	260,83
R 2	3 bis 8, 10	260,83
R 3	3	260,83
R 8	2	521,55

Anlage 10
(Anlage IV des BBesG)
Gültig ab 1. September 1998

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus					
	Stufe																	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12						
A 1	2 114,63	2 168,93	2 223,22	2 277,52	2 331,82	2 386,12	2 440,41											
A 2	2 230,79	2 284,67	2 338,54	2 392,43	2 446,31	2 500,20	2 554,07											
A 3	2 323,84	2 381,17	2 438,50	2 495,83	2 553,16	2 610,49	2 667,82											
A 4	2 376,63	2 444,14	2 511,62	2 579,12	2 646,62	2 714,11	2 781,61											
A 5	2 395,83	2 482,25	2 549,41	2 616,55	2 683,70	2 750,85	2 817,99	2 885,14										
A 6	2 452,55	2 526,28	2 600,02	2 673,74	2 747,47	2 821,21	2 894,94	2 968,66	3 042,40									
A 7	2 560,35	2 626,62	2 719,39	2 812,17	2 904,93	2 997,71	3 090,47	3 156,74	3 223,01	3 289,28								
A 8		2 720,75	2 800,01	2 918,91	3 037,79	3 156,69	3 275,58	3 354,85	3 434,11	3 513,38	3 592,63							
A 9		2 898,74	2 976,72	3 103,59	3 230,49	3 357,38	3 484,27	3 571,50	3 658,73	3 745,96	3 833,20							
A 10		3 123,39	3 231,78	3 394,35	3 556,92	3 719,49	3 882,06	3 990,45	4 098,83	4 207,20	4 315,59							
A 11			3 600,45	3 767,04	3 933,61	4 100,20	4 266,79	4 377,84	4 488,90	4 599,96	4 711,02							
A 12			3 872,12	4 070,73	4 269,34	4 467,94	4 666,56	4 798,96	4 931,37	5 063,76	5 196,18							
A 13			4 358,41	4 572,88	4 787,34	5 001,81	5 216,28	5 359,25	5 502,23	5 645,21	5 788,19							
A 14			4 536,09	4 814,21	5 092,32	5 370,43	5 648,54	5 833,95	6 019,36	6 204,77	6 390,18							
A 15						5 905,74	6 211,51	6 456,14	6 700,75	6 945,37	7 189,98							
A 16						6 522,71	6 876,34	7 159,25	7 442,17	7 725,08	8 008,00							

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	7 434,61
B 2	8 648,86
B 3	9 162,88
B 4	9 701,27
B 5	10 318,93
B 6	10 902,23
B 7	11 469,62
B 8	12 061,02
B 9	12 795,30
B 10	15 075,51
B 11	16 361,48

Anlage 11

(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. September 1998

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	151,62	287,85
übrige Besoldungsgruppen	159,24	295,47

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 136,23 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 180,70 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 8,65 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 43,25 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 34,60 DM und

in Besoldungsgruppe A 5 um je 25,95 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 140,97 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 149,65 DM

Anlage 12

(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. September 1998

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 149	1 258	299	100
A 5 bis A 8	1 324	1 471	347	100
A 9 bis A 11	1 400	1 570	400	100
A 12	1 605	1 786	422	100
A 13	1 650	1 841	436	100
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungs- ordnungen A und B) oder R 1	1 699	1 901	452	100

Anlage 13
(Anlage IX des BBesG)
Gültig ab 1. September 1998

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 173,00	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 86,50	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 129,75	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe*)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 1 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	216,25	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	86,50	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	129,75	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	60,55	Nummer 8 Abs. 1	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	86,50	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 1 bis A 5	215,49
und höheren Dienstes	129,75	A 6 bis A 9	296,28
		A 10 bis A 13	377,09
		A 14 und höher	457,89
		für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nummer 5a		des mittleren Dienstes	161,62
Abs. 1		des gehobenen Dienstes	215,49
Buchstabe a	155,70	des höheren Dienstes	269,35
Buchstabe b	259,50		
Buchstabe c	371,95	Nummer 8a	
Abs. 2		Die Zulage beträgt	
Nr. 1 Buchstabe a	233,55	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	173,00	A 1 bis A 5	118,53
Nr. 2 Buchstabe a	173,00	A 6 bis A 9	161,62
Buchstabe b	69,20	A 10 bis A 13	199,32
Nr. 3	112,45	A 14 und höher	237,04
Nr. 4 und 5	103,80	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 6 Buchstabe a	173,00	des mittleren Dienstes	86,21
Buchstabe b	173,00	des gehobenen Dienstes	113,13
Nr. 7 Buchstabe a	173,00	des höheren Dienstes	140,08
Buchstabe b	69,20		
Nr. 8 Buchstabe a	216,25	Nummer 8b	
Buchstabe b	112,45	Die Zulage beträgt	
Nr. 9	103,80	für Beamte der Besoldungsgruppen	
		A 1 bis A 5	193,94
		A 6 bis A 9	247,80
		A 10 bis A 13	323,22
		A 14 und höher	398,64
		für Anwärter der Laufbahngruppe	
		des mittleren Dienstes	145,47
		des gehobenen Dienstes	193,94
		des höheren Dienstes	242,42
Nummer 6 Abs. 1			
Buchstabe a	778,50		
Buchstabe b	622,80		
Buchstabe c	498,24		
Nummer 6a	173,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8c		Nummer 25	64,88
Die Zulage beträgt für Beamte		Nummer 26 Abs. 1	
des einfachen Dienstes	86,50	Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	129,75	des mittleren Dienstes	28,84
des gehobenen Dienstes	190,30	des gehobenen Dienstes	64,88
des höheren Dienstes	259,50	Nummer 27	
Nummer 9		Abs. 1	
Die Zulage beträgt		Buchstabe a	
nach einer Dienstzeit		Doppelbuchstabe aa	24,77
von einem Jahr	107,76	Doppelbuchstabe bb	96,95
von zwei Jahren	215,52	Buchstabe b	107,73
Nummer 9a		Buchstabe c	107,73
Abs. 1		Abs. 2	
Buchstabe a	173,00	Buchstabe a	
Buchstabe b	346,00	Doppelbuchstabe bb	72,18
Buchstabe c	259,50	Buchstaben b und c	107,73
Abs. 2		Nummer 30	38,93
Buchstabe a	69,20	Besoldungsgruppen	Fußnote
Buchstabe b	86,50	A 2	1 46,29
Nummer 10 Abs. 1			2 29,99
Die Zulage beträgt			3 85,36
nach einer Dienstzeit			6 43,12
von einem Jahr	107,76	A 3	1, 5 85,36
von zwei Jahren	215,52		2 46,29
Nummer 11	$\frac{1}{12}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags*)	A 4	1, 4 85,36
Nummer 12	161,62		2 46,29
Nummer 13a	bis zu 129,75	A 5	3 46,29
Nummer 19 Satz 1	320,05		4, 6 85,36
Nummer 21	268,50	A 6	6 46,29
Nummer 23		A 7	2 57,46
Abs. 1	17,30		5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
Abs. 2	38,93	A 8	2 74,07
Nummer 24		A 9	2, 3, 6 344,56
Die Zulage beträgt für Beamte			7 8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungs- gruppe A 9
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	17,30	A 12	7, 8 200,12
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besoldungs- gruppe A 12	38,93	A 13	6 160,04
			7 240,05
			11, 12, 13 350,16
		A 14	5 240,05
		A 15	7 240,05
		B 10	1, 2 554,76

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		107,73
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1		347,73
der Besoldungsgruppe R 2		389,25
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	176,49

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		64,88
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	265,43
R 2	3 bis 8, 10	265,43
R 3	3	265,43
R 8	2	530,76

**Berichtigung
der Verordnung über die Berufsausbildung
zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste/
zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste**

Vom 21. August 1998

Die Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste/zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste vom 3. Juni 1998 (BGBl. I S. 1257) ist wie folgt zu berichtigen:

In der Anlage 2 zu § 4 ist unter der Fachrichtung Information und Dokumentation im zweiten Ausbildungsjahr in Absatz 2 in der Ziffer II. 3.3 die Angabe „Lernziele a und b“ durch die Angabe „Lernziele a bis c“ zu ersetzen.

Bonn, den 21. August 1998

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Holterhoff

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Seite	Bundesanzeiger (Nr.	vom)	Tag des Inkrafttretens
4. 8. 98 Vierzehnte Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Hundertzweiundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Düsseldorf) 96-1-2-122	12 345	(155	21. 8. 98)	8. 10. 98
4. 8. 98 Siebte Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Hundertfünfundsechzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Mönchengladbach) 96-1-2-165	12 345	(155	21. 8. 98)	8. 10. 98

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis
des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
Vorschriften für die Agrarwirtschaft			
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1612/98 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 689/92 über das Verfahren und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide durch die Interventionsstellen	L 209/25	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1613/98 der Kommission zur Anpassung der in Schweden gewährten agromonetären Ausgleichsbeihilfe	L 209/26	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1614/98 der Kommission mit Übergangsmaßnahmen zur Beihilferegelung für Hanf im Wirtschaftsjahr 1998/99	L 209/27	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1615/98 der Kommission zur Festsetzung des Mindesteinfuhrpreises für getrocknete Weintrauben im Wirtschaftsjahr 1998/99 und der im Fall der Nichteinhaltung dieses Preises zu erhebenden Ausgleichsabgabe	L 209/28	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1616/98 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1710/95, (EG) Nr. 1711/95 und (EG) Nr. 1905/95 hinsichtlich der Einfuhr bestimmter Erzeugnisse des Getreide-sektors aus Drittländern	L 209/31	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1617/98 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1726/92 über die Durchführungsbestimmungen der besonderen Versorgungsregelung für die Azoren und Madeira mit Erzeugnissen der Sektoren Eier und Geflügelfleisch	L 209/33	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1618/98 der Kommission zur Festsetzung der Mindestverkaufspreise für Rindfleisch für den Verkauf im Rahmen der Ausschreibung nach der Verordnung (EG) Nr. 1433/98	L 209/35	25. 7. 98
24. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1619/98 der Kommission über die im Rahmen der ersten Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1324/98 eingereichten Angebote	L 209/37	25. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1623/98 des Rates zur Festsetzung der monatlichen Zuschläge zum Interventionspreis für Getreide für das Wirtschaftsjahr 1998/99	L 210/1	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1624/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen	L 210/3	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1625/98 des Rates zur Festsetzung der monatlichen Zuschläge zu dem Interventionspreis für Rohreis für das Wirtschaftsjahr 1998/99	L 210/5	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1632/98 des Rates zur Festsetzung der Prämien für Tabakblätter nach Tabakgruppen und Sortengruppen der Ernte 1998	L 210/15	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1633/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch	L 210/17	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1634/98 des Rates zur Festsetzung des im Wirtschaftsjahr 1999 anwendbaren Grundpreises für Schafffleisch sowie seiner jahreszeitlichen Anpassung	L 210/18	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1635/98 des Rates zur Abweichung von Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen	L 210/21	28. 7. 98

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 13,20 DM (11,20 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 14,30 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
Andere Vorschriften			
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1626/98 des Rates zur Festsetzung der Beihilfe für Faserlein und Hanf sowie des für die Finanzierung der Maßnahmen zur Förderung der Verwendung von Flachsfasern einzubehaltenden Betrags im Wirtschaftsjahr 1998/99	L 210/6	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1627/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein	L 210/8	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1628/98 des Rates zur Festsetzung der Orientierungspreise für Wein für das Wirtschaftsjahr 1998/99	L 210/10	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1629/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2332/92 über in der Gemeinschaft hergestellte Schaumweine und der Verordnung (EWG) Nr. 4252/88 über die Herstellung und Vermarktung von in der Gemeinschaft erzeugten Likörweinen	L 210/11	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1630/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 über die Gewährung von Prämien zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/89 bis 1997/98	L 210/12	28. 7. 98
20. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1631/98 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei	L 210/14	28. 7. 98
27. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1645/98 der Kommission zur Erhöhung des durch Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates für die Einfuhr von Bananen vorgesehenen Zollkontingents im Jahr 1998 ⁽¹⁾	L 210/53	28. 7. 98
	(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
27. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1647/98 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 411/97 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates hinsichtlich der operationellen Programme, der Betriebsfonds und der finanziellen Beihilfe der Gemeinschaft	L 210/59	28. 7. 98
27. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1648/98 der Kommission zur Festsetzung der Ankaufspreise, Beihilfen und anderen Beträge für die Interventionsmaßnahmen des Weinsektors im Wirtschaftsjahr 1998/99	L 210/63	28. 7. 98
27. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1661/98 der Kommission zur Einreihung von bestimmten Waren in die Kombinierte Nomenklatur	L 211/3	29. 7. 98
28. 7. 98	Verordnung (EG) Nr. 1664/98 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1201/89 zur Durchführung der Beihilferegelung für Baumwolle	L 211/9	29. 7. 98